Auraser Stadtblatt.

Behördliches Organ für die Stadt und den Amtsbezirk Auras.

Erscheint jeden Sonnabend.

Anzeigen und örtliche Berichte für das „Auraser Stadtblatt“ werden bis Donnerstag mittag jeder Woche an die Buchdruckerei von Maretzke & Märtin in Trebnitz in Schlesien erbeten

Bezugspreis: Vierteljährlich bei Abholung von der Post 75 Pf., durch den Austräger die Nummer 10 Pf.

Anzeigenpreis: für einmaliger Aufnahme die kleine Zeile 30 Pf., bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 49. **Sonnabend, den 6. Dezember** **1919.**

Tag.	Datum.	S.-A.	S.-U.	Mond-Aufgang.	Mond-Untergang.
Sonntag	7. Dezemb.	7.50	3.52	nachm. 4.17	vorm. 7.31
Montag	8 „	7.52	3.52	„ 5.25	„ 8.34
Dienstag	9 „	7.53	3.52	„ 6.40	„ 9.25
Mittwoch	10 „	7.54	3.51	„ 7.58	„ 10. 5
Donnerstag	11. „	7.55	3.51	„ 9.15	„ 10.38
Freitag	12 „	7.56	3.51	„ 10.28	„ 11. 5
Sonnabend	13. „	7.57	3.51	„ 11.39	„ 11.28

Willst du glücklich sein im Leben,
Trage bei zu anderer Glück,
Denn die Freude, die wir geben,
Kehrt ins eigne Herz zurück.

Marktkalender (K=Kram-, P=Pferde-, B=Viehmarkt).

8. Dez. Breslau (2 Flachsm.), Grünberg (Schw.), Seidenberg (K.). **9.** Diehsa (KRindvP.), Löwen (KP.), Naumburg a. Qu. (K.), Ratibor (KP.), Winzig (KP.) **10.** Beuthen OS. (KP.), Deutsch Neukirch (K.), Nikolai (RindvP.). **11.** Königshütte (KP.), Muskau (K.). **13.** Hoyerswerda (KRindv.), Saabor (K.).

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In einer Denkschrift beleuchtet die Reichsregierung eingehend die widerrechtliche Haltung der Entente in der Scapa Flow-Frage.

* Gegen den drohenden Ausverkauf Deutschlands kündigt die Reichsregierung neue scharfe Maßnahmen an.

* Die Einkommensteuer der Arbeiter und Angestellten soll in Zukunft in Gestalt entsprechender Lohnabzüge durch den Arbeitgeber entrichtet werden.

* Alle Staatseisenbahnen sollen schon zum 1. April 1920 in den Besitz des Reiches übergehen.

* Staatskommissar Hörsing hat nun endgültig seinen Abschied eingereicht.

* Der frühere Ministerpräsident Scheidemann ist zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt.

* Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Ernennung des Unterstaatssekretärs im Reichsjustizministerium Delbrück zum Präsidenten des Reichsgerichts.

* Der frühere Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Batocki-Friebe, ist zum ordentlichen Honorarprofessor in der philosophischen Fakultät der Universität Königsberg ernannt worden.

* Der Mörder Haales, der Lederarbeiter Volz, wird als gemeingefährlich irrsinnig in einer Irrenanstalt dauernd interniert werden.

* Die noch auf Malta befindlichen 1200 Deutschen sollen nunmehr auf einem italienischen Schiff nach Venedig gebracht und über den Brenner nach Deutschland befördert werden.

* Nach Meldungen aus polnischer Quelle haben sämtliche Minister des Kabinetts Paderewski ihre Demission überreicht.

* Die lettische Regierung hat in Berlin erklären lassen, daß sie sich als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachtet.

* Der Oberste Rat hat den Vorschlag gemacht, daß in Memel und Danzig englische Truppen ein Jahr und in Schlewig 8 bis 20 Monate verweilen sollen.

* Der Schweizer Bundesrat hat einen Aufruf zugunsten aller noch nicht entlassenen Kriegsgefangenen erlassen.

* In Athen wurde ein Komplott königstreuer Offiziere gegen Venizelos und die Regierung entdeckt.

* Stambulinski hat in Paris den Friedensvertrag mit Bulgarien unterzeichnet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Die deutsche Hilfe für Österreich.** Wie zuverlässig verlautet, hat das Reichskabinett eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Zunächst kommen für den Monat Dezember von jeder Brotkarte in Deutschland 50 Gramm zum Abzug, und die Gesamtersparnis von zwei Millionen Kilogramm in der Woche soll den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche Parteien der Nationalversammlung haben zu dieser Aktion ihre Zustimmung erteilt, mit Ausnahme der Unabhängigen, die zwar auch damit einverstanden sind, daß der Stadt Wien ein solches Mehlquantum zur Verfügung gestellt wird, jedoch keinen Abzug von der Brotkarte zulassen wollten. Nach Übereinstimmung aller zuständigen Instanzen würde in diesem Falle die Lieferung einer solchen Mehlmenge unmöglich sein. Sämtliche Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, haben einen, ihrem Standpunkt entsprechenden Initiativantrag der Nationalversammlung überreicht. Daneben wird eine weitere Hilfsaktion durch Sammlungen unter Führung der Reichsregierung durchgeführt.

✚ **Gröner und Ludendorff.** General Gröner, der letzte Generalstabschef des Feldmarschalls v. Hindenburg, teilt in einer Zuschrift an eine Zeitung mit, er habe im Sommer 1917 den Kaiser vor der drohenden revolutionären Entwicklung warnen lassen, die nach seiner Erkenntnis die logische Folge eines unglücklichen militärischen Kriegsausganges sein würde. Er sei schon seit dem Herbst 1914 nach der Marneschlacht dem Gedanken eines ungünstigen Kriegsausganges nähergetreten und habe von Jahr zu Jahr die Entwicklung unserer strategischen Lage mit wachsender Besorgnis verfolgt. Im Juni 1917 habe er dem General Ludendorff zweimal dringend vorgestellt, er möge selbst Reichskanzler werden. Er habe nur zwei Wege vor Augen gesehen, entweder durch Ludendorff das Steuer scharf nach rechts legen lassen oder der Kaiser machte entschlossen selbst die Revolution und suchte sich den Kanzler, der dazu bereit war (keinen der Linksparteien, sondern einen konservativen Mann). Der Weg, der gewählt wurde — mit halben Maßregeln sich zwischen den Gefahren hindurchstehlen zu wollen — mußte ins Verhängnis führen.

:: **Ein deutscher Wiederaufbauvorschlag.** Dem französischen Minister Loucheur ist ein Programm für die deutscherseits zu übernehmenden Aufbauarbeiten gemacht worden. Es ging in erster Linie dahin, uns das Kohlengebiet von Lens zur Wiederinstandsetzung zu überlassen. Das Anerbieten ist in der Hauptsache abgelehnt worden. Nur bei zwei von den 130 Schächten und bei dem Aufbau von 15—17 000 von den zerstörten 40 000 Arbeiterhäusern scheinen sie auf deutsche Mithilfe zu rechnen. Für die Durchführung dieses beschränkten Programms ist von uns ein Organisationsplan aufgestellt und dem französischen Minister mitgeteilt worden, jedoch gelang es bisher noch nicht, zu einer Einigung über die von Deutschland aufzuräumenden Gebiete zu gelangen.

✚ **Zur Ablieferung der Milchkühe.** Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Erfüllung des Friedensvertrages beendete die Beratungen des Entwurfs einer Bekanntmachung über die Anforderung von Tieren. Bei § 9, wonach im Falle der Enteignung von Tieren die Höhe der Vergütung unter Hinzuziehung von Sachverständigen und nach Anhörung der Ablieferungspflichtigen erfolgen solle, wurde die Preisfrage eingehend behandelt. Nach näheren Darlegungen der Regierungsvertreter, insbesondere auch über die Höhe der Kosten, die auf rund 1½ Milliarden Mark geschätzt wurden, wurde der für die Preisbemessung in Aussicht genommenen Methode zugestimmt. Die ungeheure Belastung und die ungünstigen Wirkungen der Viehablieferungen, namentlich der Milchkühe, für unser Volk, für Kranke und Kinder, wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben und der Wunsch ausgesprochen, noch einmal bei der Entente den Versuch einer Milderung zu machen. Die Verordnung wurde mit den angegebenen Veränderungen genehmigt. Sie soll mit dem Friedensvertrag in Kraft treten.

✚ **Reparaturwerkstätte für die Entente.** Im englischen Unterhaus wurde auf Anfrage offiziell mitgeteilt, daß die Anzahl der deutschen Tankschiffe in Süd- und Mittelamerika 44 betrage und daß diese Schiffe mit geringen Ausnahmen so reparaturbedürftig seien, daß sie während des Waffenstillstandes unmöglich gebraucht werden könnten. Man habe sich deshalb entschlossen, daß diese Schiffe nach deutschen Häfen geschleppt und dort kostenlos durch die Deutschen wiederhergestellt würden. Wenn die Reparaturen erledigt seien, sollten diese Schiffe den Alliierten als vollwertige Fahrzeuge ausgeliefert werden. Diese Regelung wurde durch die Schadenvergütungskommission getroffen.

:: **Die Einwohnerwehren im nördlichen Ostpreußen aufgeboten.** Um etwaigen Zwischenfällen und Verwicklungen bei der Rückkehr der bisher im Baltenlande stehenden Truppen nach Möglichkeit vorzubeugen, sind durch das Wehrkreiskommando im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen die Einwohnerwehren des nördlich des Memelstromes liegenden ostpreußischen Gebietes aufgeboten worden. Die Einwohnerwehren sollen zur Verstärkung des Grenzschutzes und der Grenzpolizei, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dienen.

✚ **Auf dem Parteitag der Unabhängigen** in Leipzig wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl von 300 000 im März 1919 auf 750 000 im November gestiegen sei. Dittmann schildert dann die Kämpfe der letzten Monate. Ganz gleich, wie die Partei zu den einzelnen Aktionen stehe, sie habe stets die Pflicht, die Sache der Revolution zu verteidigen.

✚ **Scheidemann als Oberbürgermeister von Kassel.** Nach einer Meldung aus Kassel haben die dortigen sozialdemokratischen Stadtverordneten einstimmig beschlossen, für den Posten eines Oberbürgermeisters den früheren Ministerpräsidenten Scheidemann vorzuschlagen. Da die Sozialdemokraten in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, und außerdem auch ein Teil der bürgerlichen Stadtverordneten sich für die Wahl Scheidemanns entscheiden dürfte, ist seine Wahl gesichert. Scheidemann hat sich schon vor mehreren Wochen bereit erklärt, das Amt des Oberbürgermeisters in Kassel, seiner Vaterstadt, anzunehmen.

:: **Alle Steuervorlagen vom Reichsrat angenommen.** In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Sonnabend Abend, die unter Vorsitz des Ministers Dr. David stattfand, standen die Ausschußberichte über das Kapitalertragssteuergesetz und das Reichseinkommensteuergesetz zur Beratung. Finanzminister Erzberger war anwesend, brauchte aber nicht in die Debatte einzugreifen. Die Kapitalertragssteuer wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Zum Reichseinkommensteuergesetz sind in den Ausschußberatungen nur wenig Aenderungen grundsätzlicher oder einschneidender Natur vorgenommen worden. Zu erwähnen ist, daß bis zur ersten Veranlagung nach dem neuen Gesetz vorläufig die Einkommensteuer weiter zu zahlen ist, welche nach der letzten Veranlagung der Einzelstaaten und Gemeinden zu zahlen ist. Auch das Reichseinkommensteuergesetz wurde nach den Beschlüssen der Ausschüsse angenommen. Zu erwähnen ist noch eine, von den Ausschüssen im Kapitalertragssteuergesetz vorgenommene Aenderung. Während die Vorlage die Dividendenpapiere mit 20 Prozent, die anderen nur mit 10 Proz. vom Ertrage besteuern wollte, hat der Ausschuß die Ertragssteuer allgemein auf 10 Prozent festgesetzt.

✚ **Der geschätzte Ertrag der Reichseinkommensteuer.** Die Reichseinkommensteuer soll, dem Vernehmen nach, 8 Milliarden Mark bringen. Bei der Kapitalertragssteuer in ihrer neuen Gestalt rechnet man mit 1,4 Milliarden Mark.

✚ **Erhebung der Einkommensteuer durch den Arbeitgeber.** Unter den zahlreichen Neuerungen, die mit der Übernahme der Landeseinkommensteuern auf das Reich verbunden sind, ist von besonderer Bedeutung der grundsätzliche Wechsel in der Art der Steuererhebung. Mit der bisherigen Praxis der Entrichtung der Steuer durch die Pflichtigen wird für den größten Teil der Steuerzahler gebrochen und künftig die Besteuerung des Arbeitseinkommens an der Quelle vorgeschrieben. Der Arbeitgeber hat in die Steuerkarte des Arbeitnehmers Marken in entsprechender Höhe einzukleben und zu entwerten, durch die sich der Steuerpflichtige über die erfolgte Zahlung ausweist.

✚ **Steuer-Generalpardon.** Der Nationalversammlung ist — in Übereinstimmung mit der Regierung und der Mehrheit — ein Antrag Trimborn und Genossen betreffend Steuernachsicht zugegangen. Nach diesem Entwurf soll derjenige, der vor dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, das zu einer Reichs-, Landes- oder Gemeindesteuer hatte veranlagt werden müssen, von der Strafe und der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer freibleiben, wenn er aus eigenem Antriebe, spätestens bei der ersten Steuerveranlagung nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung sein Vermögen oder sein Einkommen pflichtgemäß richtig angibt. Von dem nicht berücksichtigten Vermögen soll an Stelle der Kriegsabgabe der zehnfache Betrag des zu wenig veranlagten Wehrbeitrages erhoben werden. Nach dem § 2 des Entwurfs sollen die schwersten Vermögensnachteile für denjenigen eintreten, der nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung bei der Veranlagung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und zum Reichsnotopfer der Steuerbehörde Vermögenswerte pflichtwidrig nicht angibt.

✚ **Beschaffungsbeihilfe für Pensionäre. Entsprechend den Grundsätzen für die Zahlung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe an die im Dienst befindlichen Reichsbeamten kann auch den pensionierten Offizieren und Heeresbeamten und ihren Hinterbliebenen diese Beihilfe in Höhe von 50 bis 100% der für jene zuständigen Sätze bewilligt werden. Wer eine laufende Kriegsbeihilfe schon beantragt hat, braucht sein Gesuch nicht zu wiederholen, auch nicht, wenn es früher abgelehnt worden ist.**

Frankreich.

× **Strafverfahren gegen Kriegsgefangene.** Wie die Pariser Blätter melden, wurden aus den deutschen Gefangenenlagern in Frankreich 70 Offiziere und fast 500 Mann in französische Untersuchungshaft eingeliefert, weil sie beschuldigt werden, während der deutschen Besetzungszeit Verbrechen begangen zu haben.

Großbritannien.

× **Uneinigkeit im Ententelager.** Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß der Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden noch immer nicht feststehe. Dies sei auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, die sich bei Behandlung der Verteilungsfrage des Okkupationsgebiets mit Deutschland ergeben.

Griechenland.

× **Eine Verschwörung gegen Venizelos.** In Athen ist ein Komplott entdeckt worden, das von Offizieren, die Anhänger des Königs Konstantin sind, angezettelt worden ist und die Ermordung Venizelos' und den Sturz des gegenwärtigen Regimes zum Ziele hatte. Eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Mit Rücksicht auf die zwischen der preußischen und der Reichsregierung schwebenden Erörterungen über die künftige Gestaltung des Titelwesens auf Grund des Artikels 109 der Reichsverfassung ist die weitere Verleihung des Professortitels einstweilen eingestellt worden.

München-Gladbach. Der gemeinsame Ausschuß genehmigte einstimmig die Vereinigung der vier Städte München-Gladbach, Rheydt, Odenkirchen und Rhein-Dahlen sowie von vier Landgemeinden zu einer Großstadt, die den Namen Gladbach-Rheydt erhalten soll.

Saarbrücken. Die Bergarbeiter des Saargebiets sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten; sie haben dem französischen Grubenkontrolldienst ihre Forderungen unterbreitet.

Brüssel. Der neue belgische Senat setzt sich zusammen aus 59 Katholiken, 35 Liberalen, 25 Sozialisten und einem Mitgliede der Partei der nationalen Wiederaufrichtung.

London. Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß England 13 U-Boot-Kommandanten sowie den früheren Chef des deutschen Admiralstabes auf die Auslieferungsliste gesetzt habe.

Nah und Fern.

Versicherung für Schiebergeschäfte. Die Deutsche Versicherungs-Zeitung behauptet, daß an der Hamburger Börse in umfangreichem Maße Versicherungen gegen Beschlagnahme von Sendungen durch die Regierung gedeckt werden, und zählt die Bedingungen auf, zu denen solche Risiken geschlossen werden. Solche Versicherungen werden tatsächlich geschlossen, doch wird von Hamburg aus Protest dagegen erhoben, daß sie in besonderem Maße gerade dort betrieben werden. Es sollen Versicherungen dieser Art in erheblicher Ausdehnung in Berlin und auch von süddeutschen Versicherungsgesellschaften gedeckt worden sein, wobei es sich um Prämieneinnahmen handelt, die in die Millionen gehen.

Auflösung der Eisenbahndirektion in Danzig. Infolge der Abtrennung des größten Teils des Eisenbahndirektionsbezirks Danzig von Deutschland wird die Eisenbahndirektion Danzig demnächst aufgelöst; die bei Deutschland verbleibenden Teile werden der Eisenbahndirektion Stettin zugeteilt. Als Tag der Übernahme ist der 1. Dezember festgesetzt.

Kohlennot in Pommern. Die Folgen der Kohlennot machen sich in Pommern immer fühlbarer. Verschiedene Kleinbahnen mußten infolge der Kohlennot ihren Betrieb einstellen. Auch die Überlandzentrale in Belgard, die acht Orte in Hinterpommern mit Licht und Kraft versorgt, mußte infolge Kohlenmangels ihren Betrieb einstellen.

Sportgerät in Personenwagen auf der Eisenbahn verboten. Schneeschuhe, Rodelschlitten und sonstige Wintersportgeräte aller Art dürfen bei der Eisenbahn weder in die Personenwagen mitgenommen noch als Reisegepäck oder Expreßgut aufgeliefert werden. Diese im Januar 1918 eingeführte Beschränkung kann nicht aufgehoben werden, solange die Eisenbahn infolge der Kohlenknappheit und des Lokomotivmangels noch mit erheblichen Betriebs- und Verkehrsschwierigkeiten zu kämpfen hat.

Lagernotgeld für Sammler. Dem während des Krieges herrschenden Mangel an kleiner Münze und Wechselgeld hatte die Heeresverwaltung für die zahlreichen Kriegsgefangenenlager durch Herstellung von Lagernotgeld, und zwar sowohl in Scheinen als auch in Münzen, abgeholfen. Die Herstellung war den Inspektionen und Lagerkommandanturen überlassen. Inzwischen ist dieses Notgeld allgemein außer Kurs gesetzt worden und zur Einziehung gelangt. Die zum Teil recht erheblichen Bestände sind dem Reichsvermertungsamt zur zweckmäßigen Verwertung zugunsten der Reichskasse anheimgefallen. Ein beschränkter Teil dieses Lagernotgeldes soll nun von der Vernichtung ausgeschlossen und der Sammlerwelt zugänglich gemacht werden.

Studentenkundgebung gegen hohe Straßenbahnpreise. Die gesamten tschechischen Studenten der Universität in Prag, mehr als 6000 an der Zahl, haben auf eine sehr originelle Weise gegen die beabsichtigte Erhöhung des Straßenbahntarifs protestiert. Sie zogen geschlossen durch die belebtesten Straßen von Prag und verhinderten so während mehrerer Stunden den gesamten Straßenbahnverkehr. Ein übereifriger Wagenführer, der weiterfahren wollte, wurde vom Wagen heruntergeholt und durchgeprügelt. Nachdem in den Mittagsstunden der besonders starke Verkehr der Straßenbahn vollkommen lahmgelegt worden war, wandte sich der Zug dem Rathause zu, wo eine Deputation den Bürgermeister zu sprechen begehrte. Als die Studenten nicht sofort vorgelassen wurden, machten sie eine so stürmische Katzenmusik, daß sich der Bürgermeister beeilte, auf den Balkon des Rathauses zu kommen und zu versichern, daß er mit den Studenten sympathisiere.

Der Papst für die Kinder Mitteleuropas. Eine päpstliche Enzyklika verordnete für das Fest der „Unschuldig Kindlein" am 28. Dezember eine Sammlung von Geld, Nahrungsmitteln, Kleider und Arzneimitteln für die Kinder Mitteleuropas. Der Papst selbst spendete 100 000 Lire.

Der geplante Wucher mit Weihnachtsbäumen wird in Berlin gleichsam halbamtlich von den beteiligten Großhändlern angekündigt. Die notwendigen Bäume werden aus Thüringen, Harz und der Mark Brandenburg herangeschafft. Wie nun aus den Kreisen des Großhandels bekanntgegeben wird, sollen Fichten in diesem Jahr nicht unter 8 bis 20, Tannen nicht unter 10 bis 25 und Edeltannen nicht unter 14 bis 30 Mark kosten. Daß sich die Beteiligten so sicher fühlen, um den geplanten Raubzug auch auf diesem Gebiete im voraus anzuzeigen, hat jedenfalls den Vorzug eines neuartigen Vorgangs.

Zwei Räuber erschossen. In der Nacht näherten sich zwei Männer den Posten des Reichswehrregiments Nr. 30 zu Fürstenwalde und versuchten diese zu bestechen, um mit ihnen gemeinsam die Regimentskasse zu berauben. Als die Männer merkten, daß die Posten nicht darauf eingingen, ergriffen sie die Flucht. Die Posten schossen darauf und töteten beide. Die Erschossenen wurden festgestellt als der Arbeiter Kleinberg und Maurer Ludwig.

Höhere Pensionspreise für Ausländer. Die „Vereinigung Groß-Berliner Fremdenheime E. V." hat in ihrer letzten Generalversammlung einstimmig beschlossen, sich betreffs der höheren Preise für Ausländer den Entschließungen der Hotelbesitzer-Vereinigung voll und ganz anzuschließen. Dieser Beschluß ist gefaßt in der Erkenntnis der Pflicht, alles zu verhindern, was die Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands und des niedrigen Markkurses durch Ausländer fördern könnte.

Altersnachweis für Teilnahme an Tanzlustbarkeiten ist in Dresden geplant. Die Dresdener Behörden beschäftigen sich jetzt mit dieser Frage, weil die Tanzvergnügen immer mehr von jugendlichen und minderjährigen Personen besucht werden. Man will eine Verordnung erlassen, nach der der Zutritt zu einem Tanzsaal nur noch gegen Vorzeigung eines Altersnachweises mit Lichtbild gestattet sein soll. Es ist allen Ernstes mit dieser Maßnahme in Dresden zu rechnen.

Genug Butter und Milch — für Kriegs- und Revolutionsgewinnler. Aus Potsdam wird einem Berliner Mittagsblatt gemeldet, daß sich unglaubliche Zustände entwickelt haben, seitdem den Erzeugern anheimgestellt worden ist, statt Butter mehr Milch abzuliefern. In Wirklichkeit geht die Sache so vor sich, daß täglich oft nur fünf bis zehn Liter Milch von einer Stelle abgeliefert werden, während einzelne Hamster jetzt wöchentlich fünf bis zehn Pfund Butter zu Wucherpreisen kaufen. Kuhwarme Milch zu hohen Preisen werden für eine Person zehn bis zwanzig Liter wöchentlich geliefert. Zu gleicher Zeit muß den Kranken und Säuglingen in Groß-Berlin [illegible] er zustehende Milch entzogen werden, weil — die [illegible] stockt

Das große Los der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie wurde gezogen und fiel auf die Nummer 34 439. Während die Nummer 34 439 der ersten Klasse in Berlin gespielt wird, ist die gleiche Nummer der zweiten Serie nach Charlottenburg gefallen.

Hausankäufe durch Kriegsgewinnler. In Großberlin macht sich seit einiger Zeit ein starker Wechsel im Hausbesitz bemerkbar. Die Wirte suchen zu verkaufen, weil sie nicht mehr die alten Überschüsse herauswirtschaften und aus den Streitigkeiten mit Mietern kaum mehr herauskommen, auch nicht mehr das Kündigungsrecht in unbeschränkter Form haben. Die Käufer gehören fast durchweg zu den Kriegsgewinnern, die aus dem Hausbesitz neue Gewinne herausschlagen wollen. Ihre erste Tätigkeit ist die Mietsteigerung, die noch fühlbarer ausfällt als bei den Vorbesitzern. Infolgedessen haben die Mieteinigungsämter verdoppelte Arbeit.

Was alles gestohlen wird. Einbrecher drangen in die Luftballonhalle des Berliner Vereins für die Luftschiffahrt in Schmargendorf ein und stahlen aus dieser drei Ballonhüllen, zwei Korbpläne und zwei andere Pläne im Gesamtwerte von 50 000 Mark. Aus dem Vorführungsraum eines K. T.-Lichtspielhauses stahlen Einbrecher mehrere Films im Werte von 25 000 Mark.

Ein Zentner Silbergeld beschlagnahmt wurde auf dem Schlesischen Güterbahnhof in Berlin. Es war mit einem falschen Frachtbrief als „Konserven" versandt worden und sollte nach dem Auslande verschoben werden. Als Empfänger war der Berliner Vertreter einer württembergischen Metallwarenfabrik angegeben, der, als er vernommen wurde, erklärte, daß er weder den Absender kenne, noch von dem Inhalt der Sendung etwas wisse, also auch als Empfänger nicht in Betracht komme. Zweifellos ist aber der Name des Adressaten die einzige richtige Eintragung in dem Frachtbrief. In der Wohnung des Industrievertreters fand die Kriminalpolizei auch noch weiteres Silbergeld.

Schwarze Pocken in Westpreußen. In Thorn und in mehreren ländlichen Orten des Kreises sind Erkrankungen an schwarzen Pocken eingetreten. Die Seuche hat einen bedeutenden Umfang angenommen. Die Behörden haben Schutzimpfungen angeordnet.

Silberaufkäufer in Tätigkeit. In Eschwege verhaftete die Polizei zwei Galizier aus Leipzig wegen Aufkaufs von Silber. Vorgefunden wurde bei ihnen größere Beträge Silbergeld. Die Verhafteten bezahlen 3,20 Mark für die Silbermark; sie gehören angeblich einer Leipziger Bande an, die Silber einschmilzt und in das Ausland schmuggelt.

Petroleumschwindler. Ein Mann in Pelz und eleganter Kleidung bereist in letzter Zeit die Dörfer zwischen Hannover und Bremen. Er trägt eine größere Ledertasche mit sich, in der er kleine Flaschen mit Petroleum hat. Er erzählt den Leuten, die er besucht, daß er Besitzer von 36 ergiebigen Ölquellen ist. Die Behörden hätten sein Öl beschlagnahmt; da er keine Neigung habe, seine Ware dem Staate für so wenig Geld abzugeben, verkaufe er unter der Hand so viel er nur irgend abgeben könne. Jeder Besteller erhält ein Probefläschchen, muß aber die Hälfte des Betrages für das bestellte Quantum im voraus zahlen. Die Landleute, die stark um Brennstoff verlegen sind, geben überall zahlreiche Aufträge. Die Besteller sind um ihre Vorschüsse betrogen.

Bund der kindergesegneten Eltern. In Frankfurt a. M. erfolgte ein Zusammenschluß der kinderreichen Familien mit dem Resultat, daß der „Bund der Kinderreichen" begründet wurde. Der Bund will eine energische Agitation im ganzen Reiche zugunsten einer besseren Berücksichtigung der kinderreichen Familien Deutschlands in bezug auf ihre steuerliche Behandlung entfalten. Die Bestrebungen gehen dahin, den bisher nur in Preußen geltenden „Kinderparagraphen" auf das ganze Reich auszudehnen und den Oberhäuptern kinderreicher Familien einen stärkeren Einfluß bei den Wahlen zur Nationalversammlung, zu Landes- und Gemeindevertretungen zu sichern. Gleichzeitig hat auch ein „Bund der Väter" das Licht der Welt erblickt, der darauf ausgeht, einen Gesetzentwurf zu schaffen, wonach in den gesetzgebenden Körperschaften im Reich, den Einzelstaaten und den Gemeinden nur Verheiratete mit Kindern Sitz und Stimme erhalten sollen.

Milch aus Amerika. Louis Hollweg in Indianapolis (U. S.) hat eingedenk der großen Entbehrungen, die der lange Krieg auf die Bewohner seiner Thüringer Heimat auferlegt hat, dem Kreise Sonneberg einen Posten Kondensmilch zum Geschenk gemacht, mit der Bestimmung, daß die Milch nur an arme Leute, namentlich an Kranke und Kinder, verteilt werden soll, und zwar nur an solche arme Bedürftige, die sonst die ihnen zustehende Milch nicht erhalten.

Grundstückskäufe am Niederrhein durch Ausländer. Die geringe Markwährung ermuntert das Ausland nicht nur zu Käufen in Deutschland, sondern auch dazu, große Summen in deutschem Grund und Boden anzulegen. In den niederrheinischen besetzten Gebieten werden fast täglich größere Ländereien von den Holländern erworben. In Köln haben Ausländer eine große Anzahl Häuser angekauft.

Ein verwegener Verbrecher war die Ursache zu aufregenden Vorgängen in Lehnin. Ein als Einbrecher verhafteter Mann entfloh aus dem polizeilichen Wachtlokal. Der ihm folgende Gendarmeriewachtmeister verletzte den Fliehenden so schwer, daß man ihn nach dem Krankenhaus schaffen mußte. Man legte ihn trotz der schweren Verwundung in Fesseln und stellte außerdem noch Bewachung. Dem Schwerverwundeten gelang es trotzdem, die Flucht zu ergreifen und auf seine Verfolger zu schießen. Dem Gendarmeriewachtmeister Fehse blieb nichts anderes übrig, als den Verbrecher zu erschießen. Bei dem Toten fand man Visitenkarten auf den Namen Walter van de Selt.

Die „verschobene" Kompensation. Vorarlberg steht mit verschiedenen Ländern in Unterhandlung wegen Zufuhr von Lebensmitteln, für die als Gegenleistung Vorarlberger Vieh in Betracht kommt. Die Viehschmuggler brachten nun durch ihre ausgedehnte Schieberei die Landesregierung in eine nicht geringe Verlegenheit, die freilich in ihren Folgen nur wieder auf das Volk selbst zurückfällt. Die haben nämlich den größten Teil des Kompensationsviehs bereits „verschoben". Aus dem vorderen Bregenzerwald allein sollen mehr als 500 Stück Vieh über die bayerische Grenze geschmuggelt worden sein, und so dürfte auch die Nachricht, daß in Immenstadt z. B. ein regelrechter Vorarlberger Schmugglerviehmarkt stattfand, nicht erfunden sein.

Das Einkilo-Paket. Im Reichspostministerium haben eingehende Beratungen des Verkehrsbeirats stattgefunden, um eine Verbesserung der gesamten Postverkehrsverhältnisse zu erzielen. Die wichtigsten Beschlüsse galten der Einführung des Einkilo-Pakets, dessen baldige Zulassung beschlossen wurde; es wird als Briefpost-Gegenstand (Paketkarton) behandelt werden. Vorgesehen ist ein Einheitsporto von 60 Pfennig. Über die Größevorschriften für das Kilopaket sind Bestimmungen noch nicht getroffen. Wertangaben, Einschreiben und Nachnahme können so lange nicht zugelassen werden, als die gegenwärtige Hochflut der Wertpaketversendung anhält.

Es sollen wieder Speisewagen fahren. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Personen, die durch die völlige Einstellung des Speisewagenverkehrs ohne Stellung und brotlos würden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, vom 1. Dezember ab wieder Speisewagen in den Dienst einzustellen. Hierfür in Aussicht genommen sind zunächst die Schnellzüge D 171/D 172 Berlin—Amsterdam auf der Strecke Hannover—Rheine, ferner die Schnellzüge D 11/D 12 Berlin—Warnemünde und die Schwedenzüge D 13/D 18, Berlin—Saßnitz-Hafen. Endlich schweben noch Verhandlungen darüber, ob die Tages-Schnellzüge München—Frankfurt a. M. noch Speisewagen führen werden.

Die glückliche Luise von Koburg. Die bekannte Luise, die geschiedene Gattin des Prinzen Philipp von Koburg, Schwester der vormaligen Kronprinzessin von Österreich-Ungarn, Tochter Leopolds von Belgien, hat ein unerwartetes Glück gehabt, sie ist 50fache Millionärin geworden. Im Verlaufe eines langen Prozesses billigte ihr unmittelbar vor Kriegsausbruch ein Gerichtsurteil aus der Erbschaft Leopolds von Belgien 5 Millionen Frank zu. Da sich Luise von Koburg aber damals im Bereich der Zentralmächte befand, hat sie das Geld nicht erhalten. Erst jetzt ist es in ihre Hände gelangt und dank der Valuta sind aus 5 Millionen Frank 50 Millionen Kronen geworden. Luise von Koburg ist wieder wie einst in Hietzing bei Wien eingekehrt, verbraucht dort täglich 2000 Kronen und bezahlt überdies noch ihre alten Schulden.

Schwere Erdbeben in Kleinasien. Die Erdbebenwarte Jugenheim sowie zahlreiche andere Erdbebenwarten verzeichneten seit dem 18. November verheerende Erdbeben. Nach den bisherigen Beobachtungen liegt der Herd der Erdbewegungen nahe der Westküste Kleinasiens gegen Smyrna, vielleicht auch auf einer der zahlreichen Küsteninseln.

Schuhcreme für Schokolade. Einträgliche Schwindelgeschäfte betrieb ein junges Mädchen, das sich Fräulein Schmidt aus Zürich nannte, in Berlin. Dieses Mädchen suchte herrschaftliche Häuser auf und erzählte dem Dienstpersonal, es habe die Herrschaft im Geschäft oder auf der Reise getroffen und ihr eine größere Menge Schokolade, Kakao, Zucker oder dergleichen verkauft und den Auftrag erhalten, zunächst schon ein Paketchen nach der Wohnung zu bringen. Die Dienerschaft bezahlte den verlangten Betrag für das Paket, 90 Mark, 240 Mark, 250 Mark, 300 Mark usw. Die Pakete aber enthielten außer anderem ganz wertlosem Zeug nichts als einige Dosen mit Schuhcreme. Die Schwindlerin konnte jetzt verhaftet werden.

Mauritius will französisch werden. Die französische Bevölkerung der Insel Mauritius soll die Absicht haben, von der Friedenskonferenz den Anschluß der Insel an Frankreich zu verlangen. Eine Abordnung soll bei der französischen Regierung „diesbezügliche" Vorstellungen machen. Es handelt sich hier um die 880 Kilometer östlich von Madagaskar und 180 Kilometer nordöstlich von Réunion gelegenen Insel Mauritius, die gegenwärtig zu England gehört. Sie wurde im Jahre 1505 von den Portugiesen entdeckt, gehörte von 1598 an den Holländern, die sie nach dem Prinzen Maurits nannten, wurde 1715 französisch und erhielt den Namen Isle-de France und kam 1810 durch Eroberung in den Besitz der Engländer. Der Friedensvertrag von 1814 sprach die Insel endgültig den Engländern zu. Isle-de France ist der Schauplatz des berühmten Romans von Bernhardin de Saint-Pierre „Paul und Virginie". Die Insel ist 720 englische Quadratmeilen groß. Hauptausfuhrartikel sind Zucker und Rum. Großen Ruhm genießt die Insel in — Markensammlerkreisen: ist doch die kostbarste und seltenste Briefmarke, die es gibt, eine Mauritius!

Verschiebungen deutschen Silbergeldes nach Frankreich. Auf dem Bahnhof in Straßburg wurden zehn Kisten, enthaltend 140 000 Mark deutsches Silbergeld, die an einen Pariser Juwelier adressiert waren, beschlagnahmt. Vor einigen Tagen hatte die Polizei bereits bei einem Kaufmann 50 000 Mark deutsches Silbergeld beschlagnahmt, das ebenfalls nach Frankreich geschmuggelt werden sollte.

[illegible]ers Beisetzung. Donnerstag wurde auf dem [illegible] zu Weingarten die sterbliche Hülle des Zentrumsführers Groeber zur letzten Ruhe gebracht. In der Trauerversammlung befanden sich Weihbischof Dr. Proll, Ministerialdirektor Freiherr v. Stockhammern, mehrere württembergische Minister, Vertreter der Nationalversammlung und des württembergischen Landtages.

Der große Gobelindiebstahl im Eutiner Schlosse, dem Großherzog von Oldenburg gehörig, hat nun seine Aufklärung erhalten. Es handelte sich um drei französische Stücke, deren Wert etwa 250 000 Mark betragen dürfte. Die Diebe brachten die Gobelins nach Heidelberg, wo sie bei einem Händler 27 000 Mark erhielten. Dieser verkaufte sie für 78 000 Mark an einen Händler in Frankfurt a. M., wo sie entdeckt und beschlagnahmt wurden. Das Nähere wird die Untersuchung wohl noch ergeben.

Teuerung im besetzten Gebiet. Die Lebensmittelpreise steigen in Saarbrücken zu ungeahnter Höhe. Die Städte Saarbrücken, Saarlouis und Merzich müssen Milchlieferungsverträge abschließen, nach denen sie 1,30 Mark für das Liter zahlen. Trotzdem ist die Belieferung noch unzureichend, da die französischen Behörden die Einfuhr aus Lothringen verboten haben. Der Kartoffelpreis ist auf 40 Mark für den Zentner gestiegen, ein Ei kostet 2 Mark.

50 Personen verbrannt. In dem österreichischen Ort Markgraf-Neusiedl brannte eine Arbeiterbaracke nieder. Von etwa hundert Bewohnern der Baracke sind etwa 50 verbrannt, neun von den Geretteten trugen schwere, etwa 15 leichte Verletzungen davon. Wahrscheinlich sind die Verunglückten vor dem schnell fortschreitenden Feuer, das an einem Ende der Baracke ausgebrochen war, dabei im Qualm teilweise bewußtlos geworden und haben sich selbst die Ausgänge verrammelt.

Sechsfacher Mörder begnadigt. Der Bergmann Josef Ritter, der fünf Mitglieder der Familie Penkmann in Brambauer und deren Dienstmädchen ermordet hat und deswegen sechsmal zum Tode verurteilt wurde, ist jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Deutsche Schrift bei der Reichspost. Das Reichspostministerium hat auf Anregung des „Bundes für deutsche Schrift" verfügt, daß von jetzt ab bei der Reichspost alle Schilder, Drucksachen, Postbücher, Aufschriften, z. B. auf Bahnpostwagen und dergleichen, mit deutschen Schriftzeichen hergestellt werden müssen.

Gesinnungsimperei? Tschechische Blätter berichten, daß Fräulein Lodgeman, die Nichte des vielgenannten und wegen seiner kerndeutschen Gesinnung von den Tschechen gehaßten und verfolgten ehemaligen Landeshauptmanns von Deutsch-Böhmen, der den gleichen Namen führt, in die Dienste der tschecho-slowakischen Republik getreten sei und in einem (nicht näher bezeichneten) Ministerium beschäftigt werde. Fräulein Lodgeman, die unter dem österreichischen Regime in der Prager Telegraphenzentrale angestellt war, hatte sich noch Ende Oktober geweigert, der Republik den Treueid zu leisten. Sie müßte also ihre Gesinnung plötzlich sehr geändert haben.

Zwangseinquartierung. In Charlottenburg sind die Maßnahmen zur Inanspruchnahme großer Wohnungen und zur Zwangseinquartierung eingeleitet. Hausbesitzer bzw. Vertreter und die Wohnungsinhaber sind verpflichtet, die Besichtigung der Häuser und Wohnungen zu gestatten, sowie über die Zahl der Bewohner der einzelnen Wohnungen Auskunft zu erteilen. Wer den Zutritt oder die Erteilung einer Auskunft verweigert oder wer wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, kann mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft werden.

Holländische Aufkäufer bei der Arbeit. In Amsterdam hat man mit einem Kapital von 500 Millionen Mark eine Waren-Einkaufsgesellschaft gegründet, deren Zweck ist, möglichst viele Waren aus Deutschland nach Holland zu überführen. Die [illegible] hat mehrere hundert Leute, die der deutschen Sprache mächtig sind, angestellt und nach Deutschland zum Einkauf geschickt. Sie kaufen auf, was nicht niet- und nagelfest ist. In Nordwestdeutschland sind die Hauptsitze dieser Einkäufer Hannover, Bremen, Hamburg, Braunschweig. Die Leute wohnen in den ersten Hotels und leben wie einst die Fürsten. Wer nicht mit eigenen Augen gesehen hat, was sie alles kaufen, der wird es nicht glauben. Alle kleinen Plätze werden abgesucht und kein Goldarbeiterladen, kein Juwelenhändler bleibt verschont, selbst die Althändler werden heimgesucht.

Wieder ein deutscher Dampfer in London verbrannt. Nachdem bereits vor einigen Tagen der ehemalige Dampfer „Prinz Hubertus" im Londoner Hafen durch Feuer vollständig zerstört worden war, ist jetzt an Bord des ehemals deutschen Dampfers „Swakopmund" ebenfalls ein Brand entstanden, so daß man den Dampfer im Londoner Hafen versenken mußte.

Doppelt geschädigt. Bei einer Witwe in Berlin war vor acht Tagen eingebrochen worden. Am Sonntag erschien in ihrer Wohnung ein etwa 28 bis 30 Jahre alter Mann, der sich als Kriminalbeamter ausgab und erklärte, daß er in dienstlichem Auftrage wegen des Einbruches komme. Da die Frau krank zu Bette lag, gab der „Beamte" ihr einige Tropfen aus einem kleinen Fläschchen, die zur Wirkung hatten, daß die Frau bald fest einschlief. Hierauf machte sich der falsche Kriminalbeamte daran, die Schmucksachen und Kleidungsstücke der Frau zusammenzupacken und damit zu verschwinden.

Ein origineller Polizeipräsident war Herr Dosch, den die unselig entschlafene Münchener Räterepublik zu Ehren gebracht hatte. Von den Taten dieses Biedermannes werden jetzt die merkwürdigsten Dinge erzählt. Einer wegen Diebstahls verhafteten Kellnerin versprach der Herr „Präsident", dem sie vorgeführt wurde, die sofortige Freilassung, wenn sie „lieb" zu ihm sein würde. Und da sie mit Freuden einwilligte, wurde sie nach einem Schäferstündchen auch wirklich entlassen, mußte aber Herrn Dosch als „Pfand" ihre Uhr übergeben. Ein immerhin merkwürdiges Pfand der Liebe! Sein Bureau hatte der Polizeipräsident, der immer in großer Galauniform herumwirtschaftete, in einen Stapelplatz „beschlagnahmter" Gegenstände verwandelt. Da gab es Fässer mit Eiern, Unmengen anderer Lebensmittel, wertvolle Schmucksachen, Reisekörbe voll Wäsche und die verschiedensten anderen Gebrauchsgegenstände, darunter auch Orden und — Salvarsan. Der Präsident bereitete bei einem Weingelage in seiner Amtswohnung aus etwa 40 Eiern und gewaltigen Mengen von Zucker, Butter, Schmalz und Mehl höchst eigenhändig Pfannkuchen für seine Gäste. Es wurde dann bis gegen 6 Uhr früh in ausgelassenster Weise gezecht und getanzt, worauf sich die „Herren" der Gesellschaft mit ihren „Damen" in die Schlafräume der Präsidentenwohnung zurückzogen.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Die Kriminalpolizei hat den 18jährigen Kellner Johann Kosakowski verhaftet. K. hat im Januar d. J. eine 73jährige Frau und deren 10jährige Enkeltochter in einem einsamen Gehöft im Kreise Sensburg ermordet und beraubt.

Charlottenburg. Hier sind fünf Schulen geschlossen worden, weil keine Kohlen zum Heizen der Klassen mehr vorhanden waren. Es soll dafür gesorgt werden, daß bei längeren Unterbrechungen des Unterrichts für ein geregeltes Weiterarbeiten der Kinder in häuslicher Beschäftigung gesorgt wird.

Hannover. Einem hiesigen Großindustriellen wurden aus seinem Hause für 400 000 Mark Juwelen gestohlen. Zwei Dienstmädchen gestanden die Tat ein und wurden verhaftet. Mit den Juwelen ist einer ihrer Liebhaber flüchtig.

Hamburg. Im Kaufhause der Firma Philipp v. Holle wurde zum vierten Male eingebrochen. Diesmal wurden für 200 000 Mark Frauenkleidung gestohlen.

Hamburg. Die Hamburger Regierung hat durch einen Erlaß die Vorführung hypnotischer und dergleichen öffentlichen Schaustellungen wegen der Schädigungsgefahr für die dabei als Medien benutzten Zuschauer verboten.

Essen. Der Postamtsvorsteher Wiedenhoff, Kirchmeister der evangelischen Gemeinde Essen-Rüttenscheid, unterschlug deren Gesamtvermögen von 240 000 Mark und flüchtete.

Magdeburg. Auf einem Bahnübergang in der Nähe des Bahnhofes Langenweddingen wurde ein Fuhrwerk vom Zuge erfaßt. Die drei Insassen wurden getötet.

London. Sir Samuel Herbert teilte mit, daß in Jerusalem eine jüdische Universität gegründet werden wird.

Prag. Die größte böhmische Zuckerfabrik Teller in Kultenberg ist abgebrannt. Die Fabrik war auf eine Erzeugung von 500 000 Meter-Zentnern eingerichtet. Die Lager mit ungefähr 100 000 Meter-Zentnern Würfelzucker sind gerettet.

Keine Herausgabe der Gefangenen.

Alles umsonst! Die Tränen deutscher Mütter, Frauen und Kinder, die Empörung der 60 Millionen Deutscher, die Entrüstung des neutralen Auslandes, alles prallt an Clemenceau ab. Sein Haß ist größer, steht turmhoch über dem Elend der Hunderttausende von Kriegsgefangenen, die hinter französischen Stacheldrähten schmachten. Herr Clemenceau erwidert uns kalt: Für die Behandlung Deutschlands ist und bleibt der Haß allein maßgebend. Frankreich macht die Rückbeförderung der Gefangenen von der Gestellung von Arbeitern für den Wiederaufbau abhängig. Das hätte man uns schon längst sagen können und wir würden schon dafür gesorgt haben, daß unsere gefangenen Brüder erlöst worden wären.

Die Note Clemenceaus enthält aber zwei Mitteilungen von größter Bedeutung, über die unverzüglich Aufklärung von der deutschen Regierung zu fordern ist. Es geht erstens aus ihr hervor, daß man von der deutschen Regierung tatsächlich eine vorzeitige Preisgabe der deutschen Rechte in Schleswig und Oberschlesien verlangt hat. Anzeichen dafür sind ja in der Öffentlichkeit nicht unbemerkt geblieben. Man erinnert sich, daß eines Tages englische Offiziere in Schleswig eintrafen, — als Quartiermacher, wie sie sagten, für die englischen Besatzungstruppen, und dann wieder abziehen mußten. Und es ist bekannt, daß in der feindlichen Presse die Besetzung Oberschlesiens als unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde. Aus Clemenceaus Note erfahren wir nun, daß bestimmte Ansinnen diesbezüglich an die deutsche Regierung gestellt und, wie sich von selbst verstand, von ihr zurückgewiesen wurden. Überraschend ist aber die zweite Behauptung Clemenceaus: die deutsche Regierung hätte sich außerstande erklärt, die vertragsmäßigen Auslieferungen zu bewirken. Wie steht es damit? Vor drei Tagen hat die „Presse de Paris", natürlich irrig, behauptet, daß die Auslieferungen bereits begonnen hätten. Es scheint also, daß in Paris Auslieferungen vor Inkrafttretung des Friedens gefordert worden sind. Und es ist offenbar nur die Ablehnung dieser vertragswidrigen Forderung, die Clemenceau der deutschen Regierung vorwerfen kann.

Der Wortlaut.

Sie machen mich besonders auf die tiefe seelische Erschütterung dieser Gefangenen aufmerksam, die eine natürliche Folge einer langen Gefangenschaft wie auch die Ungewißheit über den Zeitpunkt ihrer Befreiung sei. Sie weisen außerdem auf die Sorge der deutschen Familien hin, die, wie Sie sagen, gehofft haben, daß die Gefangenen zum Weihnachtsfest nach Deutschland zurückkehren würden. Abgesehen von den menschlichen Empfindungen der französischen Regierung, berufen Sie sich schließlich zur Begründung Ihres Verlangens auf die Tatsache der Heimbeförderung der in den Händen der Amerikaner, Belgier, Engländer und Italiener befindlichen Gefangenen. Nach Ihrer Behauptung sollen wiederholt Versprechungen gemacht sein, welche die Annahme rechtfertigten, daß die Heimschaffung sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch die französische Regierung stattfinden würde.

Die französische Regierung hat niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Angesichts der sinnmäßigen Verwüstung aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nordfrankreichs darf sie einer Abweichung vom Vertrage zugunsten der deutschen Gefangenen in Frankreich nicht zustimmen.

Die Gefangenen werden augenblicklich gerade dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abscheulichen Taten den Anfang zu machen. Die wüste Behandlung der Bewohner der besetzten Gebiete und die schrecklichen Kränkungen, die den in deutsche Hand gefallenen unglücklichen französischen Familien zugefügt wurden, können nicht so bald der Vergessenheit überantwortet werden. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind zu grausam verletzt worden, als daß eine Vergünstigung wie die von Ihnen erbetene von der französischen öffentlichen Meinung zugestanden werden könnte.

Doch damit nicht genug. Deutschland hat durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages die Herausgabe der Deutschen, die in ihrer Amtstätigkeit diese Greuel begangen haben, auf sich genommen. Und jetzt erklärt sich Ihre Regierung, bevor sie noch mit der Frage befaßt wird, außerstande, das gegebene Versprechen einzulösen.

Wenn unsere Verbündeten schon im Monat September mit der Heimschaffung der Gefangenen begonnen haben, so ist dies geschehen, weil die französische Regierung geglaubt hat, dem nicht widersprechen zu wollen. Keiner unserer Verbündeten ist in seinen Gefühlen und Interessen so tief verletzt worden wie die Bewohner von Nordfrankreich. Wie würden diese Bewohner, die in tragischer Not zwischen den Trümmern ihrer Heimstätten umherirren, es aufnehmen, wenn die zu den ersten dringenden Arbeiten herangezogenen (übrigens materiell wie moralisch durchaus gut behandelten) deutschen Gefangenen vor dem im Versailler Vertrage festgesetzten Zeitpunkte, nämlich vor der endgültigen Ratifikation, d. h. dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages, Frankreich verließen?

Dies ist um so weniger möglich, als mit der deutschen Regierung noch keine endgültige Verständigung darüber erfolgt ist, unter welchen Bedingungen zivile deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung Frankreichs gestellt werden sollen.

Die deutsche Regierung verlangt die vorzeitige Erfüllung einer Vertragsbestimmung. Aber jedesmal, wenn ihr Maßnahmen zur leichteren Ausführung der Friedensbedingungen nahegelegt worden sind, um die Leiden der schwergeprüften Bevölkerung, sei es in Schleswig oder in Schlesien, zu vermindern, hat sich Deutschland stets peinlich hinter dem Wortlaut des Vertrages verschanzt und den Entschluß kundgegeben, von seinem Recht bis zuletzt Gebrauch zu machen.

Die deutsche Regierung hat sich aber nicht damit begnügt, eine streng juristische Haltung einzunehmen. Sie hat planmäßig die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen verzögert, indem sie sich den an sie ergebenden Ersuchen entzog und die bindenden Vorschriften offen verletzte. Muß erinnert werden an die Versenkung der Flotte in Scapa Flow, an die verzögerte Auslieferung der Schiffe, an die hintanhaltende, dem Buchstaben wie dem Geiste des Waffenstillstandes widersprechende Politik, die in den baltischen Provinzen trotz aller Aufforderungen der Verbündeten getrieben wurde, an die in die Verfassung aufgenommenen (und bis jetzt beibehaltenen) zweideutigen Artikel, an die Propaganda, die in Elsaß-Lothringen und überall mittels ungeheurer, durch die finanzielle Not nicht herabgeminderter Kredite unablässig gegen die Verbündeten betrieben wird?

Wir schulden Deutschland nichts als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, den es am Ende des erbarmungslosen Krieges angenommen hat, eines Krieges, den Deutschland den zivilisierten Völkern aufgezwungen hat.

Mit erfreulicher Schnelligkeit hat diesmal die deutsche Regierung Herrn Clemenceau die gebührende Antwort erteilt. Das war unbedingt notwendig, einmal weil es sich um das Schicksal unserer Kriegsgefangenen handelt, dann aber auch weil die französische Note in so unerhörter [illegible]licher Art die öffentliche Meinung der Welt irreführen kann, daß dieses unverantwortliche Gebahren auch keinen Augenblick länger, als die Sache selbst es zuließ, geduldet werden dürfte. Nicht weniger erfreulich ist die Tatsache, daß es über Ton und Inhalt unserer Antwortnote im deutschen Volke voraussichtlich nur eine Stimme der Anerkennung geben, daß der leidige Streit der Parteien vor dieser Leistung des Auswärtigen Amts, wie man annehmen darf, ganz und gar verstummen wird. Unter dieser Voraussetzung wird die Note vielleicht auch außerhalb unserer Grenzen ihren Eindruck nicht verfehlen.

Hat Herr Clemenceau seine ablehnende Haltung in der Gefangenenfrage mit einer Fülle von Anklagen gegen die deutsche Regierung begründet, so schlägt diese in ihrer Erwiderung sofort die einzig richtige Taktik ein, zum Gegenangriff überzugehen. Der Behauptung, Frankreich habe uns niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen, stellt sie zunächst einmal den Wortlaut der Bekanntmachung vom 29. August 1919 gegenüber, in der die Vordatierung des Vertrages zugunsten der Kriegsgefangenen ausdrücklich zugesagt worden ist. Diese Zusage ist weder abgenommen noch ist sie etwa freiwillig erteilt worden; sie stellte vielmehr die Gegenleistung dar für Zugeständnisse, zu denen die deutsche Regierung eben um den Preis eines Entgegenkommens in der Gefangenenfrage bestimmt worden war. Dabei handelte es sich einmal um die Kohlenfrage — nicht weniger als [illegible] Millionen Tonnen hat man daraufhin vorzeitig, d. h. vor Beginn unserer Lieferungspflicht, von uns entgegengenommen — und zweitens um den Fall Manheim, wobei wir zur Zahlung der Bußforderung durch die ausdrückliche Zusicherung verleitet wurden, daß Marschall Foch dann seinen Einfluß für die alsbaldige Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen einsetzen werde. Innerhalb einer Woche nach Zahlung der Million Frank sollte nach den damaligen Pariser Abmachungen die im Friedensvertrag vorgesehene Kommission zur Regelung der Heimschaffung der Kriegsgefangenen zusammentreten — und heute noch soll sie von Herrn Clemenceau einberufen werden. Im September ließ ihn die deutsche Regierung an sein Versprechen erinnern und erhielt zur Antwort, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt an ununterbrochen laufen. Zuerst kämen die Gefangenen aus England, dann die aus Amerika, zuletzt die aus Frankreich an die Reihe; besondere deutsch-französische Verhandlungen darüber seien nach Auffassung des Ministerpräsidenten unnötig. Und heute hat dieser selbe Ministerpräsident die Stirn zu behaupten, daß Frankreich uns niemals etwas anderes versprochen habe als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Dieser Tatbestand braucht wirklich nur öffentlich festgestellt zu werden. Er spricht für sich selbst.

Aber damit nicht genug. Herr Clemenceau zählt nun seinerseits alle Beschwerden auf, die er gegen die deutsche Regierung zu erheben hat, und spricht es mit dürren Worten aus, daß ihm, dem Vertreter des Edelmuts und der Menschlichkeit, dafür die an diesen Beschwerden völlig schuldlosen deutschen Kriegsgefangenen büßen sollen. Er will sie als Geiseln dafür haften lassen, daß seine weit über den Friedensvertrag hinausgehenden Forderungen erfüllt werden. Diese Politik, erklärt die deutsche Antwortnote mit vollem Recht, muß um so schärfer verurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht — was für jeden, der nur einmal Gelegenheit gehabt hat, in Gefangenenbriefe Einsicht zu nehmen, wahrhaftig keines näheren Nachweises bedarf.

Schließlich werden dann noch in acht weiteren Punkten die einzelnen Beschwerden des Herrn Clemenceau als ungerechtfertigt nachgewiesen. Es wird bestritten, daß die deutsche Regierung es abgelehnt habe, ihre Verpflichtungen in der Auslieferungsfrage zu erfüllen. Sie hat nur beizeiten auf die Schwierigkeiten hingewiesen, zu denen diese heikle Angelegenheit nicht bloß für Deutschland führen könne, und anheimgegeben in Erwägungen darüber einzutreten, ob der verfolgte Zweck sich nicht auf anderem Wege erreichen lasse. Es wird festgestellt, daß von maßgebender französischer Seite wiederholt feierlich jede Verquickung der Kriegsgefangenen mit der Wiederaufbaufrage abgelehnt worden ist, und daß unsererseits alles geschehen ist, um die rechtzeitige Stellung deutscher Arbeiter für die zerstörten französischen Provinzen zu sichern. Aber noch heute warten wir auf Antwort aus Paris. In Schleswig, in Schlesien haben wir alles getan, um die rechtzeitige Ausführung der Friedensbestimmungen zu erleichtern — und müssen uns jetzt dafür von Herrn Clemenceau mit verlogenen Redensarten überschütten lassen. Auf Scapa Flow, auf das Baltikum soll anderweitig näher eingegangen werden, aber die Beschuldigung, daß Deutschland planmäßig die Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens verzögert habe, könnte mit der Aufzählung der vielen schweren Übergriffe und Gewalttaten beantwortet werden, durch das dieses Abkommen von unseren Gegnern verletzt worden ist. Die deutsche Regierung verzichtet darauf, weil ihre Stimme jetzt ungehört verhallen würde, sie kann nur feststellen, daß Deutschland sein Äußerstes getan hat, um den unerhört schweren Anforderungen, die durch den Waffenstillstand an uns gestellt wurden, gerecht zu werden. Schließlich gibt sie noch ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß die albernen Märchen von der mit ungeheuren Mitteln betriebenen deutschen Propaganda gegen die Alliierten der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig befunden wurden, und betont am Ende noch einmal mit feierlichem Nachdruck, daß die Kriegsgefangenenfrage mit jedem Tage ernstlicher und dringlicher wird. Deutschland glaube in dieser Beziehung wenigstens auf das Mitleid aller zivilisierten Völker rechnen zu können.

So weit die Antwort an Clemenceau. Was nun aus dem Friedensvertrag werden soll, **steht nicht mehr in deutscher Hand.**

Nochmaliger „Verkauf" der Kriegsgefangenen.

Die schon länger angekündigte weitere Note Clemenceaus über die deutschen Kriegsgefangenen ist nun in Berlin eingetroffen und gipfelt in der Hauptsache in folgender neuer Drohung:

Die deutsche Regierung hat es in der Hand, daß binnen einer Frist von acht Tagen die endgültige Ratifikation unterzeichnet wird und die Gefangenen in die Heimat zurückkehren. Es ist dazu nur erforderlich, daß sich die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über

die Art und Weise der praktischen Durchführung der die Gebiete im Osten betreffenden Bestimmungen verständigen, und daß das der Mitteilung vom 1. November beigefügte Protokoll, das die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes sowie die Strafen für dessen Verletzung festsetzt, ohne neue Einwendungen unterzeichnet wird.

In einer Anhängenote kommt Clemenceau nochmals auf die Abreise des deutschen Geschäftsträgers v. Simson zurück und schiebt in Verbindung damit Deutschland die Schuld an jeder Verzögerung zu.

Die deutsche Antwort.

Zu dieser Note wird von maßgebender deutscher Stelle bemerkt: Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note gekreuzt. Es zeigt, daß der französischen Regierung, im schroffen Gegensatz zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenen-Note der Entente, nun doch eingefallen ist, daß sie am 28. August Versprechungen über die Heimsendung der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hat. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Versprechens, die sie niemals stillschweigend vornehmen, sondern wenigstens der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichteinhaltung deutscher Verpflichtungen erklären will, so fragt es sich, um welche

nicht eingehaltenen Bedingungen

es sich hier handeln kann. Dabei muß alles ausscheiden, was vor dem 18. September liegt, denn an diesem Tage ist dem deutschen Vertreter in Paris noch mitgeteilt worden, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa Flow-Sache weg, ebenso wie die baltische Frage ausscheiden muß, da der Bericht der unter Führung des Generals Niessel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die spärlichen, bei dem beispiellosen Umfang der laut Waffenstillstand zu erfüllenden Leistungen kaum ins Gewicht fallenden Rückstände, die wahrlich nicht als Vorwand für die zum Widerruf einer von Frankreich gegen erhebliche deutsche Leistungen vertraglich übernommenen Verpflichtungen dienen können. Nun wird in der neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen in Aussicht gestellt,

wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet.

Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals verkauft werden, und zwar für die Auslieferung der Bagger, Docks und Krane, ohne die es ein deutsches Wirtschaftsleben kaum geben kann. Aber mehr noch. Um sie zurückzubekommen, soll eine Bestimmung anerkannt werden, wodurch die Entente das Recht hat, auch fernerhin alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Wer bietet eine Garantie dafür, daß auch nach Friedensschluß, gerade so wie heute, unter diesen Zwangsmaßnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegsgefangenentransporte zu verstehen sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung einen letzten wertvollen Teil des deutschen Volksvermögens verschleudert, durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Frieden hinein verlängert und dennoch das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert. Die deutsche Regierung wird nach all den Erfahrungen in der Kriegsgefangenenfrage und nach den

zweimal nicht eingehaltenen bindenden Versprechungen das dritte Mal sich nicht auf solch einen unsicheren Rechtsboden begeben,

um so weniger, als gerade heute die Nachricht aus Paris kommt, Herr Clemenceau habe in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst herausgegeben werden sollen, wenn 900 000 deutsche Arbeiter unter genau den gleichen Bedingungen im Wiederaufbaugebiet eingetroffen seien.

Clemenceau widerspricht sich selbst.

Zur Beurteilung der Behauptungen Clemenceaus wird ferner halbamtlich nochmals ausdrücklich auf die Note vom 29. August 1919 verwiesen, die der Oberste Rat der Alliierten in Versailles übergeben ließ und in der es heißt:

Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Gefangenen betrifft, vorzudatieren. Die Vorarbeiten zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, durch die die deutschen Soldaten so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.

Statt dessen schreibt jetzt Herr Clemenceau, die französische Regierung habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat uns gegen den vorzeitigen Beginn unserer Kohlenlieferungen — 1½ Millionen Tonnen haben wir daraufhin bereits nach Frankreich abgefahren — die sofortige Inangriffnahme des Rücktransportes unserer Gefangenen zugesichert, und auch bei Erledigung des Falles Manheim hat sie auf deutscher Seite Hoffnungen erweckt, ohne hinterher auch nur den kleinen Finger zur ihrer Erfüllung zu rühren.

Eine nachdrückliche Note an Frankreich.

Aus München wird von der Korrespondenz Hoffmann amtlich gemeldet:

Nach einer Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs an die hiesige päpstliche Nuntiatur hat sich der Heilige Stuhl in nachdrücklichster Weise dafür verwendet, von Frankreich die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen bis zum kommenden Weihnachtsfest zu erwirken.

Hoffentlich ist dem weitreichenden Einfluß der Erfolg beschieden, daß nun endlich der französische Haß zurückgedrängt wird und den in Gefangenschaft schmachtenden deutschen Brüdern die Freiheit winkt.

Scapa Flow!

Anrufung des Haager Schiedsgerichts.

In einer ausführlichen Denkschrift der Reichsregierung zu der Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow wird zunächst nachgewiesen, daß die verschiedenen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, auf die sich die alliierten und assoziierten Regierungen zur Begründung ihrer Forderungen berufen haben, entweder den Fall überhaupt nicht treffen oder doch nicht die Auslegung zulassen, die ihnen von der Gegenseite gegeben worden ist. Dabei wird insbesondere hervorgehoben, daß mit der im Waffenstillstand vereinbarten Internierung der deutschen Kriegsschiffe in keiner Weise über deren endgültiges Schicksal entschieden und daß die Verpflichtung der deutschen Regierung mit der fristgemäßen Entsendung der Schiffe nach dem Firth of Forth erfüllt war.

Die Schuld der Entente.

Als ausschlaggebend für die Beurteilung der ganzen Frage wird in der Denkschrift dann aber die Tatsache hingestellt, daß die Versenkung der Schiffe nicht dem Verhalten der deutschen Regierung, sondern dem Verhalten der alliierten und assoziierten Regierungen zur Last gelegt werden muß. Daß Admiral v. Reuter bei der Versenkung ohne Wissen und Willen der deutschen Heimatbehörden gehandelt hat, ist den gegnerischen Regierungen sofort nach dem Bekanntwerden des Vorfalls mitgeteilt worden und wird auch jetzt unbedingt aufrechterhalten. Anderseits wird festgestellt, daß die Kriegsschiffe im Widerspruch mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages und ohne Rücksicht auf die deutschen Proteste nicht in einem neutralen, sondern in einem britischen Hafen interniert worden sind. Die Gegner haben eine Internierung in den in Betracht kommenden neutralen, namentlich also in niederländischen oder skandinavischen Häfen überhaupt nicht versucht.

Vertragswidriges Verhalten.

Außerdem kommt aber das eigene Verschulden der Gegner hinzu, deren vertragswidriges Vorgehen die eigentliche Ursache der Versenkung geworden ist. Es kann unmöglich zugegeben werden, daß die Alliierten von Deutschland den Ersatz eines Schadens fordern, der auf ein vertragswidriges Verhalten der Alliierten zurückzuführen ist und gerade infolge dieses vertragswidrigen Verhaltens von Deutschland überhaupt nicht verhindert werden konnte.

Ablehnung jeder Schadenersatzpflicht.

Auf Grund dieser Ausführungen kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung zu Leistungen, die von ihr aus Anlaß der Versenkung gefordert werden, von Rechts wegen als unbegründet zurückweisen muß. Mit der Darlegung dieses Rechtsstandpunktes schließt die Denkschrift indes nicht. Die deutsche Regierung betont vielmehr zum Schluß, daß es nicht ihren Absichten entspreche, wenn durch eine derartige Streitfrage das auch deutscherseits dringend gewünschte alsbaldige Inkrafttreten des Friedensvertrages verzögert werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem ständigen Schiedshof im Haag zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Vorschlag geht im einzelnen dahin, daß das Schiedsgericht zunächst die Frage entscheiden soll, ob die deutsche Regierung für die Versenkung der Schiffe verantwortlich ist. Wenn diese Frage bejaht werden sollte, würde das Schiedsgericht die weitere Frage zu entscheiden haben, welcher Schaden den alliierten und assoziierten Mächten durch die Versenkung erwachsen ist und wie dieser Schaden von Deutschland wiedergutzumachen sein würde.

Krieg mit Lettland.

Abbruch der beiderseitigen Beziehungen.

Das amtliche deutsche Telegraphenbureau meldet aus Berlin:

„Die deutsche Gesandtschaft in Mitau ist mit Rücksicht auf die militärischen und politischen Vorgänge aus Mitau zurückgezogen worden. Die lettische Regierung hat nunmehr ihre Berliner Vertretung gleichfalls zurückberufen und betrachtet sich unter Hinweis auf die Angriffe der ehemals reichsdeutschen Truppen unter Bermondt-Awalloff als mit Deutschland im Kriegszustand befindlich. Die noch in Riga und Libau befindlichen deutschen Vertreter werden daraufhin gleichfalls zurückberufen werden.“

Was die „deutschen Angriffe“ angeht, von denen oben die Rede ist, so waren sie weiter nichts als eine Abwehr gegen die Angriffe der Letten gegen die aus dem Baltikum abziehenden deutschen Truppen und die Truppen Awaloff-Bermondts, der sich dem deutschen General v. Eberhard unterstellt hatte.

„Wie der Weltkrieg entstand.“

Die Darstellung Kautskys in seinem Buche.

Eine Sonderbeilage des Rotterdamschen „Nieuwe Courant“ veröffentlicht als Sonderbeilage die Übersetzung des von dem Sozialdemokraten Kautsky unter obigem Titel verfaßten Buches, dessen Darstellungen bisher noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich waren.

Das Attentat von Serajewo.

Der Verfasser kommt nach einleitenden Kapiteln auf den Fürstenmord in Serajewo und die serbischen Verwicklungen. Er sagt: In Kaiser Wilhelms II. Augen galt die serbische Regierung als Urheberin und Förderin des Monarchenmordes. Ohne jede Überlegung war der Kaiser nach dem Attentat derselben Ansicht wie Kaiser Franz Josef. In dem am 5. Juli 1914 seinen Verbündeten übermittelten Handschreiben äußerte er, das Bestreben der österreichischen Regierung müsse auf eine Verkleinerung Serbiens gerichtet sein und die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen werde bedroht, solange der Herd verbrecherischer Agitationen in Belgrad fortbestehe. Kautsky gibt dann einen Bericht wieder, den Tschirschky am 30. Juni an den Reichskanzler richtete. Tschirschky sagt in dem Bericht, er habe bei ernsten Leuten in Wien vielfach den Wunsch gefunden, mit den Serben gründlich abzurechnen. Wilhelm II. bemerkt dazu: „Jetzt oder nie!“

Den angeblichen Kronrat in Potsdam

nennt Kautsky eine Verschwörung und schreibt, der Kaiser habe die Konferenz nach Empfang eines Handschreibens von Kaiser Franz Josef abgehalten. Teilnehmer waren Exzellenz Tirpitz, ein Kapitän Zinker für die Admiralität, ein Vertreter des Kriegsministeriums und einer des Generalstabes. Es wurde beschlossen, auf alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für einen Krieg zu treffen, und dementsprechend wurde vorgegangen. Freiherr von dem Bussche, auf dessen Darstellung sich Kautsky stützt, schließt mit der Bemerkung: „Quelle durchaus zuverlässig!“ Es war so, meint Kautsky, kein Kronrat, der am 5. Juli in Potsdam abgehalten wurde, wohl aber ein Kriegsrat, den man auch eine Verschwörung nennen könnte, mindestens gegen Serbien und Rußland. Mehrfach werden Äußerungen bezw. schriftliche Bemerkungen Kaiser Wilhelms angeführt, die den Willen zu einer Entscheidung gegen Serbien bekunden. Als berichtet wird, Graf Tisza fordere, man müsse gegen Serbien gentlemanlike vorgehen, macht Kaiser Wilhelm folgende Glosse: Gegenüber Mördern, und nach dem, was vorgefallen ist! Weiterhin behauptet Kautsky: „Die vorher geplante Nordlandsreise des Kaisers sollte Europa in Sicherheit wiegen. Am 7. Juli trat er seine Reise an, von der er erst am 27. zurückkehrte.“ Nach der Wiedergabe des Meinungsaustausches zwischen dem Zaren Nikolaus und Kaiser Wilhelm kommt das Buch auf die

Charakteristik Englands.

Am 27. Juli wird aus den Äußerungen Greys gegenüber Lichnowsky klar, daß England in dem Kriege nicht abseits stehen würde; die britische Regierung wünsche nach wie vor, die bisherige Freundschaft mit uns zu pflegen, und sie wünsche, solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke, abseits stehen zu bleiben.“ Wilhelm bemerkt dazu: „Das heißt: wir sollen Österreich sitzen lassen. Urgemein und mephistophelisch, aber echt englisch.“ Dann fährt der Bericht Lichnowskys fort: „Würden aber Frankreich und Deutschland hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere, und die britische Regierung würde unter Umständen sich zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen.“ Wilhelm bemerkt dazu: „Sind schon gefaßt“, eine Bemerkung also, die die Überzeugung ausspricht, daß England den Entschluß zur Kriegsbeteiligung längst gefaßt habe. Auch in den nächsten Tagen äußert sich der Kaiser sehr erzürnt über die englische Warnung, es bestehe für ihn kein Zweifel, England, Frankreich und Rußland haben sich verabredet, unter dem Vorwand des österreichisch-serbischen Krieges gegen Deutschland einen Vernichtungskrieg zu führen. Er hält eine bittere Strafpredigt gegen England, das alle europäischen Staaten gegen Deutschland ausspiele. Die pharisäische Friedensheuchelei Englands müsse an den Pranger gestellt werden, und die deutschen Agenten im Kaukasus, in der Türkei, Ägypten und Indien müßten die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verlogene gewissenlose Krämervolk zum Aufstand bringen. Wenn wir schon verbluten sollen, soll England wenigstens Indien verlorengehen.

Der letzte Teil ist der Mobilmachung in Deutschland gewidmet. Kautsky behauptet dabei u. a., es habe eine solche Kopflosigkeit geherrscht, daß folgendes Vorkommnis Tatsache geworden sei: Um 1 Uhr mittags am 1. August sei die Kriegserklärung nach Rußland gegangen. 10,30 Uhr abends, also über neun Stunden später, sei ein durch Bethmann Hollweg verfaßtes Telegramm des Kaisers an den Zaren zum Haupttelegraphenamt gegangen, worin nochmals Verhandlungen angebahnt werden und „Willy“, wie Wilhelm II., noch jetzt unterzeichnet, eine sofortige klare und unmißverständliche Antwort fordert. „Ich muß auf das ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen Befehl gibst, auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu vermeiden.“ Der deutsche Gesandte in Petersburg, Graf Pourtalès, glaubte, dieses Telegramm sei vom Tage vorher und habe sich verspätet. „In der Tat“, sagt Kautsky, „ist das Telegramm aber vom 1. August, abends 10 Uhr 45 Min. Die einzig richtige Erklärung fiel dem deutschen Botschafter natürlich nicht ein, und wenn sie ihm eingefallen wäre, hätte er sie verschwiegen, nämlich daß sein Kaiserlicher Herr mitsamt seinen Ratgebern in Berlin den Kopf verloren hatte.“

Aus Schlesien und den Grenzgebieten.

Breslau. Kraftwagen-Schieber. Ein Herr, der der letzten Kraftwagen-Versteigerung beiwohnte, schreibt: An der Versteigerung nahmen zu drei Teilen Aufkäufer teil. Käufer waren sehr wenige anwesend. Die Preise waren nicht wegen der Transportmittelnot so hoch, sondern weil die Herren Aufkäufer aus Berlin, der Hauptstadt der Schieber, die Wagen zu jedem Preis kaufen und für 50 000 bis 100 000 Mark nach dem Ausland verkaufen. Der deutsche Steuerzahler bekommt keinen Wagen, und der Ausländer erhält, da unsere Mark nichts gilt, den Wagen spottbillig. Ein Berliner Herr erzählte selbst, daß er bis jetzt 71 Stück Wagen nach Schweden verkauft habe. Bei der vorletzten Versteigerung kaufte dieser Herr drei Wagen. Davon verkaufte er zwei Stück nach Schweden, verdiente dabei 150 000 Mark und hatte noch den dritten Wagen umsonst. Das ist ein Geschäft! — Verlust eines Pakets mit 20 000 Mark Wertangabe. Beim hiesigen Paketpostamt fehlt ein an eine hiesige Firma gerichtetes Paket mit 20 000 Mark angegebenem Werte, das 1 Tausendmarkschein, etwa 10 000 Mark in Hundertmarkscheinen, 8000 Mark in Fünfzigmarkscheinen und 1000 Mark in Zwanzigmarkscheinen enthalten hat. — Zahllose Angstverkäufe wurden an der Breslauer Börse während der letzten Woche vorgenommen, die aus der Furcht vor den Maßnahmen gegen die Steuerpflicht resultieren. Hunderttausende sind infolge der bedeutenden Kursrückgänge in den letzten Wochen verloren worden. — Viehpreise Bei der Zuchtviehauktion, welche in Breslau stattfand, erzielten einjährige bis eineinhalbjährige Zuchttiere, die mit einem Taxwert von 1000 Mark ausgezeichnet waren, Preise bis zu 8500 M. — Beraubung von Kohlenzügen. Aus Carlowitz wird der „Schles. Ztg.“ geschrieben: Unglaubliche Zustände haben sich auf der Eisenbahnstrecke zwischen Schottwitz und Odertorbahnhof herausgestellt. Wer am frühen Morgen in diese Gegend kommt, dem fällt eine Kolonne von etwa 100 Menschen auf, die sich entlang der Bahnlinie postiert haben und der einfahrenden Kohlenzüge harren. Da die Züge kurz vor Breslau auf die Einfahrt warten müssen, sind sie gezwungen, auf der Strecke liegen zu bleiben, und diese Zeit benutzen die Männer, Frauen und Kinder, um geschwind die Züge zu erklettern und von den Waggons soviel Kohlen herunterzuwerfen, wie das in der Zeit des Haltens möglich ist. Mit bereitgehaltenen Wagen werden die Kohlen abgefahren, die Kolonnen bleiben aber, um den nächstfolgenden Zug zu erwarten. In der Zwischenzeit werden die an der Bahnstrecke liegenden Gewerbetreibenden und Werke von diesen Kolonnen heimgesucht und bestohlen. Wahrscheinlich werden die geraubten Kohlen diejenigen sein, die jetzt in Breslau unter der Hand mit 13 bis 15 Mark der Zentner gehandelt werden.

Bernstadt. Nächtliche Schlachtung. In der Nacht wurde auf dem Dominium Galbitz der beste Zugochse gestohlen. Die Verfolgung der Spur führte zu dem Ergebnis, daß der gestohlene Ochse in Paulsdorf, Kreis Namslau, in der „Villa Sorgenfrei“ abgeschlachtet vorgefunden wurde. Der Täter hatte, um die Spur zu verwischen, den gestohlenen Ochsen mehrere hundert Meter durch die hochüberschwemmten Weidewiesen geführt. Ein großer Reisekorb stand schon bereit, worin das kostbare Gut weiterbefördert werden sollte.

Beuthen OS. Gestohlene Buttersendung. Ein Waggon ausländischer Butter, der für die oberschlesische Lebensmittelgesellschaft bestimmt war, ist hier vollständig leergeraubt eingetroffen.

Bolkenhain. Bürgermeisterwahl. Auf Vorschlag des Magistrats wurde Bürgermeister Laudon aus Mogilno zum Bürgermeister von Bolkenhain gewählt.

Brieg. Einen tödlichen Unfall erlitt der seit 25 Jahren in der Zuckerfabrik Neugebauer beschäftigte Oberheizer Karl Röhrchen aus Paulau. Als er ein gußeisernes Rohr zum Auftauen in den Maschinenraum tragen wollte, glitt er aus, und das schwere Stück fiel ihm auf den Leib. An den inneren Verletzungen ist er gestorben.

Bunzlau. Der silberne Schützenlöffel im Pferdedarm. Beim hiesigen Magistrat ist ein Schreiben von der Tierklinik in Liebstadt eingegangen, in dem bekannt gegeben wird, daß dort ein Pferd in Behandlung sei, das durch natürliche Ausscheidungen einen silbernen Löffel zutage förderte, auf dem die Gravierung „E. Jeche-Legat Bunzlau, 1. 10. 1873“ deutlich zu erkennen war. Der Vorsitzende der Bunzlauer Schützengilde konnte ermitteln, daß tatsächlich am 1. Oktober 1867 ein Legatschießen um einen „Jeche-Löffel“ stattgefunden hat, und daß dieser von dem 1872 von hier an einen unbekannten Ort verzogenen Bäckermeister Jentsch gewonnen wurde. Vermutlich ist dieser Löffel beim Eingeben einer Medizin von dem erkrankten Pferde mit verschluckt worden. Dieser Legat-Löffel, der vor 52 Jahren ausgeschossen wurde, um dann als Medizin-Löffel für einen kranken Gaul Verwendung zu finden, wird jedenfalls für immer eine Sehenswürdigkeit unter dem Inventar der Schützengilde zu Bunzlau sein. — Beide Hände zerquetscht wurden dem Stellenbesitzer Besche in der Trockenfabrik zu Schwiebendorf dadurch, daß ihm ein 4 Zentner schwerer Kasten Kartoffeln beim Heraufziehen durch das Versagen des Flaschenzuges auf die Hände fiel.

Cosel OS. Betrügereien hat sich der Bezirksleiter Sborowski zuschulden kommen lassen. Er ist nach Unterschlagung von über 30000 Mark geflüchtet. Im ganzen Kreise hatte er Ortsgruppen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene gegründet und sich dadurch ein gewisses Vertrauen, das er dann mißbrauchte, erworben. Er versprach, seinen Opfern billige Pferde und Kühe zu besorgen, und erhielt hierzu bedeutende Vorschüsse. Wahrscheinlich werden die Unterschlagungen weit über das Doppelte hinausgehen, da sich täglich neue Geschädigte melden. — Die alte Geschichte. Die Frau des Knechtes Grun in Lichinia wollte Feuer anmachen. Dazu benutzte sie eine Krucke mit Benzol, das sie auf das Feuer goß. Die Krucke explodierte, und das Benzol ergoß sich auf die Frau und den ältesten Sohn. Beide standen bald in hellen Flammen. Die Frau ist bereits gestorben.

Dyhernfurth. Fleißig umworben. Zu dem Bürgermeisterposten haben sich nicht weniger als 136 Bewerber gemeldet, und zwar: 15 Landwirte, 52 Verwaltungsbeamte, 20 Rendanten, Lehrer und Gerichtssekretäre, 9 Zahlmeister, Hauptleute und Majore, 10 Referendare, 19 Bürgermeister und 8 ohne besondere Berufsangabe. Die Bewerber stehen im Alter von 23 bis über 60 Jahre.

Gleiwitz. Tödlicher Unglücksfall. Der Zugführer Weingart ist durch Auffahren einer Lokomotive auf den Packwagen auf Bahnhof Egersfeld derart verunglückt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Weingart hatte gerade in dem Augenblick, als die Lokomotive auf den Packwagen auffuhr, aus dem Wagen herausgesehen. Durch den Anprall schlug die Tür zu und quetschte dem Unglücklichen den Kopf ab. — Von einem Auto getötet. Beim Spielen auf der Straße lief der Schulknabe Bernhard Brzoska in ein Militärautomobil hinein, und da dessen Führer nicht schnell genug halten konnte, wurde der Knabe überfahren und sofort getötet.

Glogau. Entwendungen von Lebensmittelmarken. Aus der Kartenausgabe Schulstraße wurden in der Nacht rund 6000 Zuckermarken, ferner 100 Blatt Reisebrotmarken und 180 Fleischkarten gestohlen.

Görlitz. Gaunerstück. Bei dem Bäckermeister Hergesell fuhr ein junger Kutscher mit zwei mit etwa 110 Zentner Schmiedekohlen beladenen Wagen vor und bot die Kohlen mit der Angabe, es seien „Notstandskohlen für Bäckermeister", zum Kauf an. Der Bäckermeister bezahlte 1100 Mark dem Kutscher, worauf dieser verschwand. Wie sich nachträglich herausstellte, waren die Kohlenwagen gestohlen. Es gelang, den Kutscher zu verhaften. Das Geld fand man jedoch nicht mehr vor. — Ein gerichtliches Verfahren wurde von der Provinzialzuckerstelle gegen den hiesigen Wareneinkaufsverein eingeleitet, weil er den Verbleib von 1000 Zentner Zucker nicht nachweisen kann. — Siedelung. Für die durch Beschluß vom 30. Mai 1919 genehmigte Siedelung von 64 Einfamilienhäusern bei der Melanchthonschule zur Bauausführung bewilligten die Stadtverordneten 2100000 Mark.

Greiffenberg. Tod im Oelsebach. Das fünfjährige Söhnchen des Schuhmachermeisters Dittel fiel von der Brücke aus in den hoch angeschwollenen Oelsebach, in dem es ertrank.

Haynau. Fuhrbetriebeinstellung. Die Fuhrhalter der Stadt geben bekannt, daß sie wegen Futtermangels ihren gesamten Fuhrwerksbetrieb einstellen.

Hindenburg. Zabrze statt Hindenburg. Die polnische Fraktion, die in der neuen Gemeindevertretung über die Mehrheit verfügt, stellte den Antrag, daß Hindenburg wieder den ursprünglichen Namen Zabrze tragen soll. Ein weiterer Antrag, in den Sitzungen deutsch und polnisch zu verhandeln und einen vereideten Dolmetscher hinzuzuziehen, sowie die Tagesordnungen zu den Sitzungen zweisprachig herauszugeben, wurde bis zur Entscheidung des Oberpräsidenten in Oppeln hinausgeschoben.

Hirschberg. Drei Generationen. In Cunnersdorf starb der langjährige Hauptlehrer und Kantor Emil Theodor Geisler. Sein Amtsvorgänger war sein Vater, der sein Amt von 1835 bis 1864 verwaltete. In der dritten Generation folgt im Amte nun sein Sohn.

Jauer. Nachahmenswert. Eine hiesige Firma, deren Fabrikate nicht allein im Jalande, sondern auch über die Grenzen des Vaterlandes weit hinaus einen guten Ruf genießen, erhielt von einer Firma in Holland eine Bestellung, die auszuführen die Firma sich unter der Bedingung bereit erklärte, daß die Bezahlung in Gulden nach dem Friedenskurse erfolge. Die Auftraggeberin in Holland sagte zu, und die liefernde Firma kam dabei auf ihre Rechnung. — Wenn alle Fabriken und Firmen, die mit dem neutralen und sonstigen Ausland arbeiten, ähnlich handelten, würden sie sich und dem Vaterland im Interesse der Hebung unserer Währung einen großen Dienst erweisen.

Karoschke. Treibriemendiebstahl. Von einer Lokomobile und Strohpresse des hiesigen Dominiums wurden die Treibriemen gestohlen.

Kattowitz. Verhafteter Geldschieber. Bei dem ausländischen Geldschieber Jennoch wurden für 60000 Mark schweizerisches und russisches Silbergeld beschlagnahmt. — Ein spätes Brautpaar. Vor dem hiesigen Standesamt schlossen den Bund fürs Leben ein Eisenbahnlademeister im Ruhestande und eine Baumeisterswitwe. Er ist 81, sie ist 70 Jahre. — Ein schwerer Raubüberfall wurde in dem Kolonialwarengeschäft von Minola in Josefsdorf verübt. Dem Geschäftsinhaber wurden von zwei Banditen die Revolver an beiden Seiten des Kopfes angelegt und ihm gedroht, daß er sofort niedergeknallt würde, wenn er sich weigere, das vorhandene Geld herauszugeben. Eine im Laden anwesende Kundin wurde angesichts dieses Vorganges ohnmächtig. Die Banditen verschwanden mit etwa 1300 Mark Geld.

Königshütte. Mord. In der an der Annenstraße belegenen Sandgrube wurde das Dienstmädchen Anastasia Joglik von hier als Leiche aufgefunden. Allem Anschein nach ist das Mädchen einem Verbrechen zum Opfer gefallen.

Königszelt. Infolge des Kohlenmangels sah sich die hiesige Porzellanfabrik veranlaßt, 700 Arbeitern zu kündigen. Das gleiche war bei den Arbeitern der Thieleschschen Porzellanfabrik in Altwasser der Fall, woselbst 1000 Arbeiter brotlos werden.

Kupferberg. Familiendrama. Die Ehefrau des Stellenbesitzers Heinrich Bettermann in Waltersdorf tötete ihr drei Jahre altes Kind und erhängte sich dann.

Landeshut. Die Bürgermeister[illegible] ist beigelegt worden. Bürgermeister Feige hat seine Amtstätigkeit wieder aufgenommen. In der letzten Stadtverordnetensitzung gab die sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß es ihr ferngelegen habe, durch die seinerzeitige Demonstration der Landeshuter Arbeiterschaft Bürgermeister Feige zu beleidigen, ferner, daß sie das in öffentlicher Versammlung gestellte Verlangen auf Rücktritt des Bürgermeisters zurückziehe. — Nach der Schweiz! Am 25. v. M. erfolgte mittels Sonderzug die Abreise von 79 Kindern aus Stadt und Kreis Landeshut nach der Schweiz.

Leobschütz. Beschlagnahmt wurden von den Hilfspolizeibeamten des Kreises Leobschütz 23 Zentner geräucherter und gesalzener amerikanischer Speck, den die Fleischermeister Bugiel und Stania aus Kosel von zwei hiesigen Fleischermeistern aufkauften und nach Kosel bringen wollten. Die Ware, für die 23000 Mark gezahlt wurde, ist ins Schlachthaus abgeliefert worden.

Liegnitz. 2000 Abstimmungsberechtigte für die Volksabstimmung in Oberschlesien hat die letzte Volkszählung im Stadt- und Landkreis Liegnitz ergeben. Es entfallen davon auf den Stadtkreis allein 1500. — Warnung vor Marmelade. Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Infolge auftretender Krankheitserscheinungen bei dem Genuß der zuletzt von der Stadt ausgegebenen Auslandsmarmelade wird die Bevölkerung vor dem weiteren Genuß der Marmelade gewarnt. Die Marmelade wird sofort aus dem Verkehr gezogen. Ersatzzuteilung wird erfolgen". Die Krankheitserscheinungen traten schon seit einigen Tagen auf und haben in der Stadt eine hochgradige Aufregung hervorgerufen. — Verfehlungen hat sich der Eisenbahn-Gütervorsteher Mohr zuschulden kommen lassen, indem er aus Frachtsendungen Lebensmittel, Weine und Spirituosen entwendete. Bei einer Haussuchung fand man Mengen gestohlener Sachen. Mohr stand als Leutnant während des Krieges im Heeresdienst und war zuletzt Adjutant des Bezirkskommandos Liegnitz. — Krähenfang. In der niederschlesischen Ebene, an den Straßen nach Berlin und Dresden, wird eifrig den dort horstenden Tausenden von Krähen nachgestellt, um sie in den Städten als „imitierte Rebhühndel" zu verkaufen. Marktpreis 2,00—2,50 Mark.

Lipine. Eine Perle von einem Dienstmädchen hatte der Kinobesitzer Przewodnik. Sie stand mit Einbrechern im Bunde, die die Wohnung des P. vollständig ausraubten. Kleidungsstücke für 15000 Mark waren gestohlen. Für die Ergreifung der Täter sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. — Aus Eifersucht erschossen wurde der Maler Viktor Fröhlich aus Königshütte. Der Täter, Vizefeldwebel Lehmann, stellte sich dem Militärkommando. — Ein Raubmörder ergriffen. Der Raubmörder Franz Brosch, der am 17. September den Oberförster Albert Großmann bei Slawentzütz erschossen hat, wurde hier von der Polizei ergriffen.

Löwenberg. Wegen Kohlenmangels sind das Lehrerinnenseminar und die Seminarübungsschule bis auf weiteres geschlossen worden. — Gestohlene Glockenklöppel. Auf dem Turm der evangelischen Kirche sind die Klöppel von zwei der drei abgelieferten Glocken abhanden gekommen. Der eine wog 80, der andere 26½ Pfund. — Tödlich verunglückt. In der Erfurtschen Holzstoff-Fabrik kam der Transformatorenwärter Scholz einem elektrischen Draht zu nahe; er sank plötzlich um und war nach kurzer Zeit tot.

Lüben. Eine Abteilung Dragoner, die nunmehr als Reichswehr-Kavallerie-Regiment Nr. 6 bei uns wieder einziehen, ist hier eingerückt. Die Stadt hatte geflaggt.

Myslowitz. Silberschmuggel. Polnische Gauner haben in einem auf dem Ringe gelegenen Geschäftshause des Lederhändlers Hartmann eine Unmenge deutschen Silbergeldes angehäuft, um es nach Polen zu verfrachten. Ein Polizeibeamter merkte noch rechtzeitig, wie die Gaunergesellschaft das Silbergeld aus dem Hartmannschen Geschäft auf einen Wagen verlud, und er beschlagnahmte dasselbe.

Namslau. 108000 Mark abgeschwindelt. Bei einem Gutsbesitzer im Kreise Namslau erschien am 28. v. M., mittags 1 Uhr, ein Auto, dem sechs Herren entstiegen, die sich als Kriminalbeamte aus Breslau vorstellten und dem Gutsbesitzer erklärten, er sei als Spiritusschieber angezeigt und sie kämen im Auftrage der Behörde, eine Haussuchung abzuhalten und die vorhandene Ware und den Erlös aus den Schiebungen, der auf 3½ Millionen geschätzt werde, zu beschlagnahmen. Der Gutsbesitzer war aufs höchste betroffen und erklärte, er habe nur einen Betrag von 108000 Mark da, den er auf Verlangen des angeblichen führenden Kriminalkommissars Bartel herbeiholte. Das Geld wurde ohne zu zählen verpackt und mit dem Petschaft des Gutsbesitzers versiegelt. Die angeblichen Beamten nahmen es mit sich, bestellten den Gutsbesitzer zum nächsten Tage zu seiner Vernehmung nach Breslau und fuhren davon. Bald hinterher stieg dem Gutsbesitzer Verdacht auf, und er telephonierte Breslau an und erhielt die Mitteilung, daß er geprellt war. Das Auto, das von zwei Chauffeuren geführt wurde, ist sechssitzig, feldgrau und trägt nach Angabe von Leuten im Dorfe die Nummer 6224. Der Geschädigte hat auf die Ermittlung der Spitzbuben und Wiederbeschaffung des Geldes eine Belohnung bis zu 10000 Mark ausgesetzt.

Neisse. Aus dem Unteroffizier-Kasino zu Lamsdorf wurden Wohnungseinrichtungsgegenstände, die dort von einem höheren Offizier untergebracht waren, nach und nach gestohlen. Der Wert beträgt 30000 Mark. — Zu einem schweren Tumult kam es in Deutsch-Rasselwitz, wo eine Schar junger Burschen johlend durch das Dorf zog. Als ihnen der Gemeindevorsteher entgegentrat, wurde er überfallen und nebst einem hinzueilenden Gendarm schwer mißhandelt. Die alarmierte Ortswehr mußte von ihren Schußwaffen Gebrauch machen. Es wurden mehrere Personen getötet und verwundet.

Nimptsch. Lebensmittelmarkendiebstahl. Durch Einbruch in die Markenausgabestelle des Kreisausschusses in Nimptsch sind 5000 Zuckermarken Nr. 67 und 1400 Reisebrotmarken gestohlen worden.

Oberwigk. Gefaßte Diebe. Im Hotel „Bellevue" stiegen zwei Herren ab und bezogen für eine Nacht ein Zimmer. Sie beabsichtigten, am nächsten Morgen nach Lissa weiterzufahren. Zufällig bemerkte Frau Vetter, daß einer der Herren die Tischwäsche in den mitgebrachten Koffer einpackte, während der andere die Gardinen abschnitt. Frau Vetter holte ihren Mann. Nach mehrmaliger fruchtloser Aufforderung, das Zimmer zu öffnen, gab Vetter zwei Schüsse durch die Tür in das Innere des Zimmers ab, worauf die Diebe versuchten, über den Balkon zu entkommen. Sie wurden aber von außen gestellt, so daß sie sich wieder in das Zimmer zurückzogen. Nunmehr gab Vetter nochmals einen Schuß ab, worauf sich die Diebe zur Oeffnung des Zimmers bequemten. Vetter und ein Gast traten mit vorgehaltenem Revolver den Dieben entgegen; einer derselben setzte sich energisch zur Wehr, so daß er durch wohlgezielte Hiebe kampfunfähig gemacht werden mußte. Polizei brachte die Diebe in sicheres Gewahrsam.

Oels. Ein Oelser Original †. In der Heil- und Pflegeanstalt Kraschnitz ist Robert Seipel, der sogenannte „Blaukleckes", im Alter von 73 Jahren gestorben. Seipel bildete viele Jahrzehnte hindurch eine stadtbekannte Figur in unserer Stadt. Er war etwas geistesschwach, und so zog fast immer eine Rotte von Kindern hinter ihm her, um ihn zu verspotten. Wurde es dem arg Geplagten einmal zuviel der Quälerei, so wandte er sich gegen seine kleinen Peiniger, indem er einen Topf mit Wasser, den er stets in der Hand trug, über sie ausgoß. Im Gymnasium und im Seminar erfreute er sich großer Beliebtheit. Dort pflegte er in früheren „besseren" Zeiten regelmäßig in den Frühstückspausen zu erscheinen, um Gaben in Gestalt von Brotschnitten u. dgl. entgegenzunehmen. Nun hat der Tod seinem Leben ein Ende gemacht. — Das verkannte Kreisauto. Um die Kreisbevölkerung mit warmer Wäsche zu versorgen, ließ der Kreisausschuß in Namslau die vom Notstand für den Kreis erfaßten Textilien durch ein Lastauto von Breslau abholen. In Oels war das Auto infolge eines kleinen Defektes gezwungen, zu halten. Das machten sich Leute zunutze, um in der Meinung, es handle sich um Schieberware, zu plündern. Dem Autoführer zu Hilfe eilende Offiziere wurden in gröblichster Weise angepöbelt, und erst eintreffende starke Abteilungen der Reichswehr konnten die Ruhe wiederherstellen, und das Auto setzte dann unter militärischer Bedeckung die Fahrt weiter fort. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß viele Waren geraubt wurden. — Eine Stiftung von 100000 Mark hat der unlängst verstorbene Stadtrat Bankier Karl Bielschowsky seiner Vaterstadt letztwillig gemacht. Hiervon sollen 75000 Mark als Grundstock für eine städtische Badeanstalt dienen (Karl und Rosa Bielschowsky-Stiftung), während der Rest von 25000 Mark durch den Magistrat zu Bildungs- und Unterstützungszwecken verwandt wird.

Ohlau. Goldsucher. Die jugendlichen Schieber, die kürzlich auf der Bahnstrecke Ohlau—Leisewitz aus Furcht vor der Bahnkontrolle größere Mengen von Goldmünzen aus dem Zuge warfen, heißen Salomon Enoch und Moritz Groß, denen sich eine Genossin zugesellt hatte. Die drei befinden sich im Ohlauer Amtsgericht. Von den auf dem Bahnkörper verstreuten Goldmünzen hat man für 30000 Mark wieder eingesammelt, es soll aber noch viel Gold zwischen dem Schotter und unter den Schneeresten liegen. Die betreffende Bahnstrecke wird deshalb jetzt von vielen Leuten aufgesucht, die noch etwas von dem verstreuten Golde finden wollen; die Bahnaufsichtsbeamten können kaum den Andrang der „Goldsucher" abwehren. — Ertrunken. In der Nähe der Knochenmühle glitt die eine der beiden Schwestern Schleger während eines Spaziergangs auf dem schlüpfrigen Pfade aus und fiel ins Wasser. Ihre Schwester wollte ihr helfen, wurde aber mit in die Flut gezogen. Zu Hilfe eilenden Personen gelang es, eine der Verunglückten zu retten, während die andere ertrank. — Beim Baumfällen wurde im Forste der 16jährige Arbeiter Ernst Eckert aus Neuvorwerk von einem niederstürzenden Baume erschlagen. Er war erst seit einigen Tagen als Waldarbeiter in dem dortigen Forstbezirk tätig.

Oppeln. Stadtsparkassenrendant Peschke †. Nach längerer Krankheit ist der Stadtsparkassenrendant Peschke verschieden.

Patwellau. Feuer. Sonntag früh entstand auf der Klosesschen Besitzung Feuer, das den Dachstuhl des Stallgebäudes einäscherte. Der Besitzer weilte in Trebnitz und erschrak nicht wenig, als er bei seiner Heimkehr seine Besitzung in Flammen stehend sah.

Peterswaldau. Selbstmord. Der Dominialschaffer Hoffmann führte eine Doppelehe. Der Fall sollte jetzt gerichtlich abgeurteilt werden. Inzwischen fand man H. erhängt im Walde vor.

Pleß. Banditen. Das Gehöft des Bauergutsbesitzers Schön in Anhalt wurde von 12 Banditen überfallen. Den Banditen fiel reiche Beute, u. a. etwa 6000 Mark Papiergeld, in sie Hände. Dem Sohn des Besitzers gelang es, Hilfe herbeizuholen. Als diese nahte, ergriffen die Banditen die Flucht und gaben mehrere Schüsse ab. Frau Schön erhielt eine Kugel in den Unterleib und verstarb nach kurzer Zeit, der Fleischer Mausel wurde schwer am Oberarm verwundet. — Raubmord? Der Bauunternehmer Johann Cieply aus Jamnitz wird seit 14 Tagen vermißt. Zuletzt ist er auf dem Wege nach Urbanowitz gesehen worden. Da C. im Besitze von 12000 Mark zum Ankauf von Pferden sich befand, so liegt der Verdacht vor, daß er das Opfer eines Raubmordes geworden ist.

Prinkenau. Tödlich verunglückt ist in Ausübung seines Berufes der 42jährige Hilfsrangierer Adolf Wenske aus Gietzmannsdorf, indem er beim Rangieren auf Bahnhof Waltersdorf überfahren und getötet wurde. — Als Seelsorger unserer evangelischen Kirchgemeinde ist Pastor Schottke aus Rawitsch berufen worden.

Ratibor. Raubüberfall. Der 19jährige Kassenbote Niedballe der Cereswerke wurde auf dem Wege nach Hohenbirken von 4 Männern überfallen, geknebelt und an einen Baum gebunden. Darauf wurde ihm der Inhalt der Geldtasche, 9000 Mark, geraubt. — Ein Liebesdrama. Am Bismarckturm wurde ein junges Paar tot mit durchschossenen Schläfen aufgefunden. Es handelte sich um den im 22. Lebensjahr stehenden Polizei-Meldeamts-Gehilfen Grams, sowie um die gleichalterige, verheiratete Klavierspielerin Koch, die mit ihrer Mutter im Schultheiß Restaurant musizierte. Sie stammt aus Sachsen, wo ihr Ehemann, dem sie erst kürzlich angetraut worden ist, im Eisenbahndienst beschäftigt ist. Zwischen Gr. und der jungen Frau hatte sich ein Liebesverhältnis entsponnen, das bei der Aussichtslosigkeit zu dem tragischen Ende geführt hat. Gr. hat erst die junge Frau und dann sich selbst erschossen. In einem zurückgelassenen Brief bittet das Liebespaar um eine gemeinsame Grabstätte. — Raubmord. Donnerstag wurde in Studzienna auf die Besitzung des Bauern Valentin Wycisk ein Raubüberfall verübt. Der Bauer, der, von seiner Ehefrau geweckt, den Räubern entgegentrat, wurde von diesen erschossen. Die Ehefrau gibt an, daß etwa 11000 M. geraubt sind. — Todesurteil. Vom Kriegsgericht wurde der Steuermann Kutzner aus Kontopp wegen Mordes, begangen an dem Schiffsbesitzer Nowotnig, um dessen Ehefrau heiraten zu können und dadurch zu einem großen Vermögen zu kommen, zum Tode verurteilt. — Für 300000 Mark Pelzwaren gestohlen. In der Nacht wurde in das Pelzwarengeschäft von Strchybny Nachfolger W. Makowski ein Einbruch verübt. Es sind Pelzwaren im Werte von etwa 300000 Mark gestohlen worden. Auf die Ermittelung der Täter sind 5000 Mark Belohnung ausgesetzt. — Der neue Stadtkapellmeister. Von den etwa 50 Bewerbern um die Ratiborer Stadtkapellmeisterstelle wurde der frühere Leiter derselben, Musikdirektor Walter Jahrow, einstimmig gewählt.

Reichenbach. Motorwagenbetrieb. Die Einführung des Motorwagenbetriebes ist nunmehr auch für die Eulengebirgsbahn geplant.

Rybnik. Die Liebe. Bei einem Tanzvergnügen im Stadtgarten-Restaurant hatte auch der Unterwachtmeister Spicka von der Sicherheitswehr mit seiner Braut teilgenommen; da dieser glaubte, Grund zur Eifersucht zu haben, ging er in den Hof und beging Selbstmord durch Erschießen.

Schweidnitz. Großes Aufsehen erregt hier die Entdeckung erheblicher Veruntreuungen von Lebensmittelmarken im Lebensmittelamt, die von dem dort ehrenamtlich tätigen Kaufmann Benno Friedländer, einem angesehenen hiesigen Geschäftsmann, verübt worden sind. — Die Zukunft des Jaehnerschen Lehrerinnenseminars. In der Stadtverordnetensitzung stimmte das Kollegium einem Antrag des Magistrats zu, die Uebernahme der Jaehnerschen Anstalten in städtische Verwaltung abzulehnen.

Sprottau. Kohlengasvergiftung. Infolge eines schadhaften Ofens in der Wohnung des Arbeiters Laube auf der Neustraße strömten Gase aus. Bei mehreren Familienmitgliedern zeigten sich schwere Vergiftungserscheinungen. Obwohl ärztliche Hilfe sofort eintraf, ist die 15jährige Tochter verstorben.

Tarnowitz. Raubmord. In ihrer Wohnung wurde die verwitwete Zeitungsträgerin Marie Pohl gefesselt und mit einem Kneebel im Munde erdrosselt aufgefunden. Es liegt Raubmord vor, da die Ersparnisse der Ermordeten fehlen.

Ujest. Banditenunwesen. Nachdem bereits im Frühjahr dem Schießhauspächter Gustav Kostetzko 15000 Mark durch Einbruch geraubt worden sind, drangen neuerdings bewaffnete Einbrecher in den Schlafraum ein und verlangten von Kostetzko die Herausgabe sämtlichen Geldes. Während die Ehefrau mit mehreren Kindern flüchten konnte, blieb der Schießhauswirt mit drei Familienmitgliedern allein im Schlafzimmer. Da die den Räubern ausgehändigte Geldsumme denselben zu gering erschien, gab einer der Einbrecher auf Kostetzko mehrere Schüsse ab. Dann schlugen die Banditen auf den im Todeskampfe Liegenden mit einem Hammer ein. Als einer der Täter ist der noch nicht 18 Jahre alte Arbeiter Franz Cholewa aus Niesdrowitz verhaftet worden. Als weitere Täter kommen die wegen verschiedener Verbrechen gesuchten Arbeiter Kostyra, Zymolka und Kalisch in Betracht. Auch mit dem Maurerpolier Gratza hat ein Teil der Einbrecher in Verbindung gestanden, weshalb auch Gratza verhaftet worden ist.

Waldenburg. Kinder nach der Schweiz. Die Waldenburger städtische Lungenfürsorgestelle hat 62 Freistellen für Waldenburger Kinder in der Schweiz erwirkt.

Wittichenau. Auf der Lauer unter dem Bett ist bei dem Restaurateur und Zuchtviehhändler Topolinsky ein Einbrecher eingeschlafen. Man entdeckte ihn und nahm ihn fest. Es ist ein früherer Knecht des Topolinsky.

Schneidemühl. Regierungspräsidium Schneidemühl. Die Reste der uns entrissenen Provinzen westlich des polnischen Staates sollen zu einer Grenzmark Westpreußen-Posen verschmolzen und von einer Regierungsstelle in Schneidemühl unter Leitung des Regierungspräsidenten von Bülow verwaltet werden. Der neue Verwaltungsbezirk umfaßt die deutschbleibenden Teile der Kreise Schlochau und Flatow, den Kreis Deutsch-Krone, den Stadtkreis Schneidemühl, die zu einer einheitlichen Verwaltung in Schönlanke zusammengefaßten deutschbleibenden Teile der Kreise Kolmar, Czarnikau und Filehne, den Kreis Schwerin a. W. und die deutschbleibenden Teile der Kreise Meseritz, Bomst und Fraustadt. Die Regierungsstelle in Schneidemühl nimmt ihre Geschäfte am Donnerstag, den 20. November d. J., auf. Als Bezirksausschuß ist vorläufig der Bezirksausschuß in Frankfurt a. O. zuständig. Alle Geschäfte, die die polnischwerdenden Kreise und Kreisteile der Provinz Posen betreffen, werden unverändert bis zur Uebergabe des Landes bei der Regierung in Bromberg weitergeführt.

OSRAM-AZO
Die solide elektrische Lampe
mit Edelgasfüllung
OSRAMWERKE, BERLIN O. 17

Ein Vermächtnis.

Roman von M. Waldbröhl.

(Nachdruck verboten.)

15) (Fortsetzung).

„Den dritten haben wir erwischt, als er unten Schmiere stand," meldete einer der Beamten seinem Vorgesetzten. „Er machte einen Versuch, auszureißen, und als er sah, daß dazu keine Möglichkeit mehr war, wollte er sich zur Wehr setzen. Aber ein Schlag mit dem Gummischlauch hat ihn kirre gemacht. Der wird nicht sobald wieder auf nächtliche Abenteuer ausgehen, Herr Kommissar!"

„Es ist gut, Krause! — Sie haben Ihre Sache brav gemacht, und ich bin mit Ihnen zufrieden wie immer. — Jetzt schaffen Sie mir die drei Halunken zur Polizeistation und sorgen Sie dafür, daß sie unterwegs nicht Gelegenheit finden, sich miteinander zu verständigen. — Sagen Sie dem Diensttuenden, daß ich in zehn Minuten behufs Abstattung des Rapports zur Stelle sein werde."

Der Wachtmeister salutierte und faßte den einen der Uebeltäter am Arm. Der zweite Schutzmann folgte seinem Beispiel, und mit gesenkten Köpfen, wahre Bilder des Jammers und des ohnmächtigen Ingrimms, ließen sich die Verhafteten die Treppe hinab- und zum Hause hinausschieben, wo bereits einige weitere Beamte mit dem dritten Komplizen ihrer warteten.

Gruber ließ sich nur noch Zeit, den aus seinem Zimmer heraustretenden, verdächtig bleichen Justizrat mit kurzen Worten über den Hergang der Ereignisse zu unterrichten und ihm zu versichern, daß er für diese Nacht irgendwelche weiteren Störungen seiner Ruhe nicht zu befürchten habe. Dann, nachdem er Hellbach gebeten hatte, ihn zu begleiten, machte er sich ebenfalls auf den Weg zur Polizeistation.

11. Kapitel.

Ungelichtetes Dunkel.

Wenn Dr. Hellbach sich in der Stille seines Herzens Hoffnung darauf gemacht hatte, daß schon die erste Vernehmung der überlisteten Einbrecher, der er auf der Polizeistation beiwohnen durfte, einiges Licht in das über Adas Leben liegende geheimnisvolle Dunkel bringen würde, so sah er sich in dieser Erwartung schmählich getäuscht. Denn die drei Spießgesellen versuchten es vorerst mit dem alten Verbrechertrick, jede Auskunft sowohl über ihre Person wie über ihre Absichten zu verweigern. Und auch die Leibesvisitation, der sie alsbald unterworfen wurden, förderte kein brauchbares Ergebnis zutage. Keiner hatte irgendwelche Papiere oder sonst etwas bei sich, das Aufschluß über seine Persönlichkeit gegeben hätte. Daß sie mit allerlei fein gearbeiteten, teilweise recht wertvollen Einbrecherwerkzeugen, sowie mit Waffen gut ausgerüstet waren, hatte nach der Art der Beschäftigung, bei der man sie ertappt hatte, nichts Ueberraschendes mehr. Und sie gaben sich auch vermutlich über das Schicksal, das ihnen bevorstand, keinen übergroßen Täuschungen hin.

Längere Zeit war überhaupt keine Antwort aus ihnen herauszubringen, und sie setzten allen an sie gerichteten Fragen dasselbe stumpfe, trotzige Schweigen entgegen. Zuletzt entschloß sich wenigstens einer von ihnen, der wohl das geistige Haupt des sauberen Trifoliums sein mochte, zu einer kleinen Aenderung der bisherigen Taktik.

„Nix daitsch!" sagte er kopfschüttelnd. „Wir nicht verstehen daitsche Sprach."

Ihrem Aussehen nach mochten die dreie allerdings eher von slawischer als von deutscher Art sein. Aber auf die Fragen Grubers nach ihrer Nationalität hatten sie wiederum keine Antwort, so daß der Kommissar für diese Nacht von weiteren Versuchen Abstand nahm, sie zum Reden zu bringen. Er sorgte dafür, daß sie in sicheren Gewahrsam genommen wurden, und verfaßte einen kurzen Rapport, auf Grund dessen sie im Verlauf des kommenden Tages, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, dem Richter vorgeführt werden konnten. Dann betrachtete er seine Arbeit als für diesen Tag getan und bat den Dr. Hellbach, dem die Enttäuschung ziemlich leserlich auf dem Gesicht geschrieben stand, um die Erlaubnis, ihn bis an die Tür seiner Wohnung zu begleiten.

Als sie auf die Straße hinausgetreten waren, fragte er lächelnd:

„Nun, Sie sind, wie es scheint, mit dem Erfolg unseres kleinen Handstreiches nicht ganz zufrieden? — Wahrscheinlich haben Sie sich großartige und sensationelle Enthüllungen versprochen und sind nun betroffen, weil sich die vermeintlichen politischen Verschwörer als gewöhnliche Einbrecher von der niedrigsten Sorte entpuppt haben?"

„Ich gestehe offen, daß ich von der Vernehmung der Leute etwas mehr erwartet hatte! Ich erlaube mir selbstverständlich keine Kritik an Ihren Amtshandlungen, verehrtester Herr Kommissar; aber ich glaube, daß ich den Burschen etwas schärfer zugesetzt haben würde, wenn ich mich an Ihrer Stelle befunden hätte."

Gruber lachte belustigt auf.

„Für Belehrung bin ich immer zugänglich, lieber Doktor! Aber in diesem besonderen Fall kann ich mein Unrecht nicht einsehen. — Erstens ist es eine alte kriminalistische Erfahrung, daß man gerade gewerbsmäßigen Verbrechern immer etwas Zeit lassen muß. Ein Neuling bricht wohl unter der Wucht der unerwarteten Entdeckung zusammen und ist in diesem Zustand leichter zu einem Geständnis zu bringen. Ein erfahrener Uebeltäter aber ist niemals trotziger, verbissener und vorsichtiger, als im Moment seiner Festnahme. Sein Bestreben ist vor allem darauf gerichtet, keinesfalls mehr zuzugestehen, als man ihm nachweisen kann. Und selbst wenn er darauf ausgeht, durch anscheinend offenes Bekennen eine mildere Bestrafung zu erreichen, wird er mit seiner Beichte doch immer so lange zurückhalten, bis er genau weiß, wessen er beschuldigt werden wird. Täte er das nicht, so könnte es sich ja ereignen, daß er ohne zwingende Notwendigkeit an sich selber zum Denunzianten wird, eine Dummheit, die ein ‚schwerer Junge' von Profession nicht so leicht begeht. Außer dieser aus langer praktischer Erfahrung hervorgegangenen Erwägung aber hatte ich im vorliegenden Fall noch ganz besondere Gründe für mein Verhalten."

„Und wäre es sehr unbescheiden, nach diesen Gründen zu fragen?"

„Durchaus nicht! — Vor Ihnen brauche ich in dieser Sache ja keine Geheimnisse zu haben. Sie wissen, daß ich hinter den Attentaten auf die beiden Fräulein von Reichenau etwas ganz anderes vermute, als bloße Einbrecherstückchen. Je eifriger ich auf eigne Hand versucht habe, in das Dunkel einzudringen, das die seltsame Angelegenheit umgibt, auf desto merkwürdigere und anscheinend unlösliche Rätsel bin ich gestoßen. Aber ich müßte nicht mit Leib und Seele meinem Beruf ergeben sein, wenn nicht gerade darin für mich ein mächtiger Ansporn läge, dennoch auf den Grund der Dinge zu kommen! Es unterliegt für mich keinem Zweifel mehr, daß die persönlichen Schicksale der beiden jungen Mädchen mit irgendeiner wichtigen politischen Affäre verwoben sind, und gewisse Anzeichen, über die ich mich einstweilen noch nicht des näheren auslassen kann, deuten dabei auf einen der in neuerer Zeit so vielgenannten Balkanstaaten hin. Damit würde sich auch das mittelalterliche Vorgehen der geheimnisvollen Persönlichkeit erklären lassen, von der die Zorka in halben Andeutungen gesprochen hat, und die sie offenbar für alle bisherigen Vorkommnisse verantwortlich macht. — Die Art, wie zum Beispiel die gegenwärtige serbische Dynastie zur Herrschaft gelangt ist, liefert ja den unwiderleglichen Beweis, daß es den Herrschaften da unten auf ein paar Morde mehr oder weniger durchaus nicht ankommt, wenn es für ihre Zwecke förderlich erscheint. Und wenn die Meuchelmörder nicht einmal vor der Schlafzimmertür eines Königspaares haltmachen, was sollte ihnen dann das Leben zweier junger Mädchen wert sein?"

Dr. Hellbach war aufs höchste überrascht. Und mit großer Lebhaftigkeit fragte er:

„Sie glauben, daß die Fäden dieser Intrige in Belgrad gesponnen worden sind?"

Aber der Polizeikommissar protestierte durch eine abwehrende Handbewegung.

„Das habe ich nicht gesagt! — Es war ein naheliegender Vergleich — weiter nichts. Und es gibt ja noch andere Balkanstaaten als Serbien. Alles, was ich eben angedeutet habe, sind lediglich Vermutungen, denen einstweilen noch jede tatsächliche Unterlage fehlt. Und ich setze als selbstverständlich voraus, daß Sie meine Äußerungen als streng vertraulich behandeln werden. Sowohl meinetwegen, als um der Sache selbst willen. Denn in demselben Augenblick, wo meine Karten vorzeitig aufgedeckt würden, wäre das Spiel auch schon verloren."

„Auf meine Verschwiegenheit können Sie sich natürlich verlassen! Aber ich sehe, daß Sie der Angelegenheit eine ungewöhnliche Bedeutung beilegen — eine größere jedenfalls, als ich bisher vermutet hatte!"

„Ich leugne es nicht. Und ich gestehe, daß ich erst nach und nach zu dieser Auffassung gekommen bin. Hätte man mir am Tage nach dem Brande gesagt, daß er von irgendeiner hochstehenden ausländischen Persönlichkeit angestiftet worden sei, so würde ich hellauf gelacht und die abenteuerliche Kombination in das Reich der Hirngespinste verwiesen haben. Ich verstehe es darum auch ganz gut, daß die Frankenthaler Behörden noch heute auf diesem Standpunkt stehen und mich für einen Phantasten halten, den man — in dieser Sache wenigstens — kaum noch ernsthaft nehmen dürfe. — Aber die Herren haben sich eben nicht so intensiv mit der Angelegenheit beschäftigt, wie ich es getan habe. Und vielleicht sind sie auch zu trockene Alltagsmenschen, um sich zu kühnen Auslegungen und Folgerungen aufschwingen zu können. Befände ich mich in einer hohen und verantwortlichen richterlichen Stellung, so würde ich möglicherweise auch vorziehen, meine Hände von der Sache zu lassen, und würde mich auf die Feststellung des Tatsächlichen und Nachweisbaren beschränken. Womit wir dann eben immer auf demselben Fleck bleiben würden. Aber als einfacher Polizeibeamter darf ich mir schon einige kleine Extratouren erlauben, vorausgesetzt, daß sie mich nicht mit meiner Beamtenpflicht in Widerspruch bringen. Das zu vermeiden, muß allerdings meine erste Sorge sein, und deshalb muß ich auch möglichst vorsichtig und bedächtig zu Werke gehen. — Gelingt es mir aber, die geheimen Fäden des Gewebes bloßzulegen und das Vorhandensein einer politischen Intrige nachzuweisen, die bis in gewisse höchste Kreise hinaufreicht, so wird der Triumph des kleinen Frankenthaler Kriminalkommissars ein desto größerer sein, und ich werde endlich meinen Fuß auf die unterste Staffel der Leiter gesetzt haben, die zu Ehre und Ansehen emporführt!"

Daß Sie sich mit so ehrgeizigen Wünschen tragen, habe ich bisher gar nicht gewußt!" warf Doktor Hellbach ein, — „Sie sind also mit Ihrer gegenwärtigen Stellung nicht zufrieden?"

Gruber machte eine Bewegung, die tiefste Geringschätzung ausdrückte.

„Was denken Sie von mir? — Polizeikommissar in einer kleinen Provinzstadt zu sein, kann für einen Mann von meiner Veranlagung und meinem Temperament wahrhaftig sehr wenig Verlockendes haben! Und ich erkläre Ihnen ganz offen, daß ich mich noch heute für irgendeinen anderen Beruf entscheiden würde, wenn ich nicht die Zuversicht hätte, mir in nicht zu ferner Zeit den Posten eines hohen großstädtischen Polizeibeamten zu erobern."

„Nun, ich werde mich von Herzen freuen, wenn ich Sie eines Tages zu der Verwirklichung so hochfliegender Hoffnungen beglückwünschen darf. Aber ich möchte Sie doch warnen, sich durch Ihren sehr begreiflichen und gewiß berechtigten Ehrgeiz um eine gewisse notwendige Nüchternheit des Urteils bringen zu lassen! Ich gebe ja zu, daß die Angelegenheit der Zwillingsschwestern ein etwas romantisches Aussehen hat. Aber sollte diese Romantik nicht vor allem in der Person und in dem Gebaren der Gesellschafterin Zorka ihren Ursprung haben? Die Angelegenheit würde eine gewöhnliche Diebesaffäre geblieben sein, wenn diese merkwürdige Person nicht von Anfang an bemüht gewesen wäre, einen dichten Schleier des Geheimnisses über den tragischen Tod ihrer jungen Herrin zu breiten. Auch ich habe mich der Wirkung ihres Verhaltens ja nicht ganz entziehen können, aber als Arzt muß ich doch die Möglichkeit im Auge behalten, daß wir es ebensowohl mit den bloßen Einbildungen einer hysterischen oder sonstwie geistig nicht ganz normalen Person zu tun haben könnten."

„Mit dieser Möglichkeit habe auch ich von vornherein gerechnet. Denn ich bin von Haus aus in solchen Dingen vielleicht noch erheblich bedenklicher als Sie. Aber meine Vermutungen stützen sich keineswegs auf die Aeußerungen und das Verhalten der Gesellschafterin allein. Die Auskunft des Berliner Polizei-Präsidiums hat mir eine Spur gezeigt, die ich inzwischen emsig weiter verfolgt habe, und die mich zu allerlei interessanten Feststellungen geführt hat, wenn ich mich auch keiner Täuschung darüber hingebe, daß ich von meinem eigentlichen Ziele noch sehr weit entfernt bin. Außerdem dürfen Sie doch nicht vergessen, daß sich die Vermutungen der Zorka hinsichtlich des zweiten zu erwartenden Attentats in dieser Nacht als vollkommen zutreffend erwiesen haben. Aus bloßen hysterischen Einbildungen also können sie doch wohl nicht entsprungen gewesen sein."

„Das ist richtig. — Aber wir haben uns mit unserm Exkurs ziemlich weit von dem Ausgangspunkt unserer Unterhaltung entfernt, und Sie müssen es meinem Interesse an der Sache zugute halten, wenn ich noch einmal zu ihm zurückkehren möchte. — Sie wollten mir die Gründe nennen, die Sie abgehalten haben, energischer in die drei verhafteten Attentäter zu dringen."

„Sie sind ziemlich einfach und naheliegend. Ich wünsche den oder die Anstifter, die hinter den Burschen stehen, solange als möglich in Sicherheit zu wiegen. Davon, daß die Verhafteten ganz gewöhnliche Verbrecher sind, die man für ihr Unternehmen bezahlt, oder denen man für sein Gelingen eine Belohnung versprochen hat, bin ich schon jetzt fest überzeugt. Ob es gelingen wird, ihre Personalien festzustellen, weiß ich natürlich nicht. Aber ich möchte beinahe wünschen, daß es vorläufig nicht gelänge. Denn es kommt mir persönlich nur darauf an, sie so lange festzuhalten, bis ich der Enthüllung der Angelegenheit auf andere Weise näher gekommen bin, und bis es sich nur noch darum handelt, aus dem Munde dieser gedungenen Meuchelmörder die nötigen Bestätigungen zu erhalten."

„Ich verstehe Ihre Absicht. Aber ich meine, ein offenes Geständnis der Ertappten würde die ganze Angelegenheit sehr bedeutend vereinfacht haben."

„Ja, wenn sie überhaupt in der Lage wären, das geheime Triebwerk des Anschlages zu enthüllen. Daran ist nicht zu denken. Steckt wirklich, wie ich es beinahe für sicher halte, irgendeine hochgestellte Persönlichkeit dahinter, so ist es doch völlig ausgeschlossen, daß sich dieselbe durch einen direkten Verkehr mit gemeinen Verbrechern kompromitiert haben sollte. Er wird sich einer Mittelsperson bedient haben, die den gedungenen Werkzeugen von seinen eigentlichen Beweggründen und seinen letzten Absichten selbstverständlich nichts offenbart hat. Auf diese Art würden wir also nie und nimmer zu dem Beweismaterial gelangen, dessen es bedarf, um den eigentlichen Urheber zu treffen."

„Ich sehe, daß Sie die Affäre eigentlich mehr staatsmännisch als kriminalistisch zu behandeln gedenken. Aber sind Sie auch sicher, dabei die Unterstützung des Herrn Untersuchungsrichters zu finden?"

„Gewiß nicht — sofern es mir einfiele, diesen Herrn in das bisherige Ergebnis meiner privaten Nachforschungen einzuweihen. Aber ich werde mich weislich hüten, eine solche Dummheit zu begehen! Ihm werden die Verhafteten einfach als Leute vorgeführt werden, die bei einem Einbruchsversuche ertappt worden sind. Er wird natürlich schlau genug sein, einen Zusammenhang dieses Unternehmens mit der Brandstiftung und der Ermordung des Fräulein von Reichenau zu vermuten, und wird sich bemühen, aus den Verdächtigen ein Zugeständnis nach dieser Richtung hin herauszubringen. Aber ich meine, daß sie mit guten Gewissen jede Beteiligung an dem ersten Verbrechen in Abrede stellen können. Denn es ist ganz und gar unwahrscheinlich, daß man sich zu dem zweiten Attentat derselben Werkzeuge bedient haben sollte. Der Mörder der armen Baronesse ist vielmehr nach meiner festen Ueberzeugung längst über alle Berge.

Meine Tätigkeit — fuhr der Kommissar fort — in der Sache wird sich zunächst scheinbar darauf beschränken, daß ich Nachforschungen nach der Herkunft und dem Vorleben der Verhafteten anstelle, und daß ich für möglichste Verlängerung ihrer Untersuchungshaft Sorge trage. Zu Geständnissen irgendwelcher Art aber werde ich sie vor der Zeit gewiß nicht zu drängen suchen."

Sie hatten inzwischen das Haus des jungen Arztes erreicht. Aber ehe sie sich dort verabschiedeten, hatte der Kommissar doch noch ein Anliegen.

„Ich brauche Ihnen nach allem, was wir eben besprochen haben, nicht erst ausführlich zu begründen, lieber Doktor, daß die Zorka für mich nach wie vor eine sehr wichtige und interessante Persönlichkeit bleibt. Denn es ist sicher, daß sie, wenn sie wollte, schon heute alles aufklären könnte. Sie will aber ohne Zweifel nicht, und man wird nicht anders als durch Schlauheit und Ueberlistung etwas aus ihr herausbringen können. Damit muß man aber äußerst vorsichtig zu Werke gehen, denn sie ist ebenso klug wie mißtrauisch. Und ich möchte darum tunlichst vermeiden, sie in diese zweite Affäre hineinzuziehen, wenigstens soweit es sich um formelle polizeiliche und richterliche Vernehmungen handelt. Auf der anderen Seite aber ist es für mich von großer Wichtigkeit, zu erfahren, ob sie einen der Verhafteten oder alle dreie kennt. Ich wäre Ihnen darum sehr dankbar, wenn Sie mich bei dieser Feststellung freundlichst unterstützen wollten."

„Mit Vergnügen. — Aber ich weiß nicht recht, wie ich das anfangen sollte."

„Sagen Sie ihr, nachdem Sie sie von den Vorgängen dieser Nacht unterrichtet haben, ich wolle ihr die drei Attentäter zeigen, ohne daß es dazu einer richtigen Konfrontation mit dem üblichen amtlichen Apparat bedürfte. Es genügt, wenn sie sich morgen vormittag gegen zehn Uhr im Gebäude der Polizeidirektion einfindet und sich ohne Angabe des Zweckes bei mir melden läßt. Ich vermute, daß sie selber einiges Interesse daran haben wird, die Verbrecher zu sehen. Und wenn sie die Gewißheit hat, daß ihr daraus keine Weiterungen und Unannehmlichkeiten entstehen, macht sie von der gebotenen Gelegenheit sicherlich gerne Gebrauch."

Hellbach versprach, den Wunsch des Kommissars zu erfüllen, und er fand, als er am nächsten Morgen Gelegenheit hatte, mit der Gesellschafterin zu sprechen, bei ihr mehr Bereitwilligkeit, als er es eigentlich erwartet hatte. Zunächst allerdings wünschte sie bis in die kleinsten Einzelheiten über die Geschehnisse der letzten Nacht unterrichtet zu werden, und sie gab während der ausführlichen Erzählung des jungen Arztes wiederholt durch ein zustimmendes Kopfnicken zu erkennen, daß sie nicht im mindesten überrascht war. Genau so schien sie sich den Hergang gedacht zu haben, und sie war offenbar vollkommen zufrieden mit der Art, wie der Kommissar auf ihre Absichten eingegangen war.

„Ich hätte es nicht besser machen können", sagte sie. „Aber nun — was wird nun mit den Männern geschehen?"

„Man wird ihnen selbstverständlich den Prozeß machen. Und man wird vor allen Dingen herauszubringen suchen, ob sie auch die Urheber des ersten Anschlages gewesen sind."

Zorka lächelte überlegen.

„Ja, wenn man sie, wie in vergangenen Zeiten, oder wie es heute noch in manchen anderen Ländern geschieht, auf die Folter spannen könnte! — Freiwillig aber werden sie gewiß nichts gestehen!"

„Und wenn sie es dennoch täten — würde das nicht Ihrem sehnlichsten Wunsche entsprechen, Fräulein Zorka?"

Ein Blitz des Hasses sprühte in ihren Augen auf.

(Fortsetzung folgt).

Loslösungsbestrebungen in Bayern.

Die „Bayerische Königspartei".

Von einer Seite, die behauptet gut unterrichtet zu sein, kommen Aufsehen erregende Mitteilungen aus Bayern. Danach sollen zwischen der Zentrumspartei des Reiches und der Bayerns (Bayerische Volkspartei) erhebliche Differenzen bestehen, die sich in den letzten Wochen noch erheblich zugespitzt haben, weil die separatistischen Bestrebungen in Bayern erneut und mit größter Schlagkraft aufgenommen wurden. Die Agitation gegen die neue Reichsverfassung und die Tendenz des Zusammenschlusses mit den katholischen Alpenländern, womöglich unter der

Restaurierung der Monarchie,

hat bereits einen solchen Umfang angenommen, daß es innerhalb der Bayerischen Volkspartei zu ernsten Auseinandersetzungen kam. Vor kurzem fand eine Vertrauensmännerversammlung der christlichen Arbeiterschaft statt, die in München das stärkste Glied der Bayerischen Volkspartei bildet; sie verwahrte sich ernstlich gegen jede Separation. Wenige Tage später versammelte sich die gesamte christliche Arbeiterschaft, wobei die Kluft zwischen Arbeitern und Bauern innerhalb der Bayerischen Volkspartei noch stärker zum Ausdruck kam. Der Reichstagsabgeordnete Schirmer wandte sich bei Besprechung der Reichsverfassung gegen Dr. Heim, den Führer der separatistischen Bewegung, der vor Jahresfrist ausgesprochen habe, daß Bayern sich mit Deutschösterreich verbinden und aus dem Deutschen Reiche ausscheiden soll. Dr. Heims absolut ablehnende Haltung gegen die Verfassung deute darauf hin, daß er seinen Gedanken noch nicht aufgegeben habe. Der Landtagsabgeordnete Funke wandte sich gegen den christlichen Bauernverein (dessen Führer wiederum Dr. Heim ist), der durch seine zu starke Betonung der Standesinteressen und durch seine gegensätzliche Politik die Sprengung der Bayerischen Volkspartei vorbereite. Diese habe seinerzeit einen Aufruf erlassen, in dem erklärt wurde, daß der republikanischen Staatsform keine grundsätzlichen Bedenken entgegenstehen. Die Frage: Wollen wir uns auf den Boden der Verfassung stellen oder nicht? müsse mit Ja beantwortet werden. Zu gleicher Zeit, wo diese Gegensätze aufs schärfste zum Ausdruck kommen, werden in München Flugblätter verteilt, die die Gründung einer „Bayerischen Königspartei" verkünden. Antisemitische Plakate und Aufrufe fordern zu den äußersten Maßnahmen gegen die „landfremden Elemente, die das Land bereits ins größte Unglück gestürzt", auf.

Kronprinz Rupprecht als Präsidentschaftskandidat.

Ferner wird behauptet, das bayerische Zentrum habe sich bereits entschlossen, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht von Bayern für den Reichspräsidentenposten zu befürworten und zu unterstützen. Es sei allerdings noch fraglich, ob es gelingen werde, den Kronprinzen zur Aufstellung der Kandidatur zu bewegen.

Kompromiß im Betriebsrätegesetz.

Einigung zwischen Mehrheitsparteien und Unabhängigen.

In dem vielumstrittenen Betriebsrätegesetz ist zwischen den Mehrheitsparteien und den Unabhängigen eine Übereinstimmung erzielt worden, über die amtlich folgendes gemeldet wird:

In der Sitzung des Betriebsräteausschusses der Nationalversammlung wurde folgender Kompromißantrag mit den Stimmen der Regierungsparteien und der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen: Der Betriebsrat hat in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer, sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrates Sitz und Stimme, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vergütung als auf eine Aufwandsentschädigung.

Endlich bestimmt das Übereinkommen noch, daß die Arbeitnehmer verpflichtet sind, über die ihnen gemachten vertraulichen Mitteilungen Stillschweigen zu bewahren.

Reform der Prozeßordnung.

In einer Besprechung mit Vertretern der Einzelstaaten hat sich Reichsjustizminister Schiffer eingehend über die geplante Reform der Prozeßordnung ausgesprochen. Mit Rücksicht auf die Entwertung des Geldes will man die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf Rechtsstreitigkeiten bis 1200 Mark, der Gewerbegerichte auf 300 Mark und der Kaufmannsgerichte auf 600 Mark erhöhen. So hofft man die Landgerichte, die in Arbeit geradezu ersticken, zu entlasten. Als Grundlage der Rechtsanwaltsgebühren plant man eine Staffelung.

Altersgrenze und Besoldung.

Voraussichtlich wird man bei dem Richterstande über 35 Jahre hinausgehen, da man gerade die Erfahrung des alten Richters für besonders wertvoll erachtet. Die Besoldung der Richter ist bisher verschiedenartig, aber durchweg unzureichend. Ein Mindestgehalt gilt als dringend erforderlich. Das erstrebenswerte Ziel ist: weniger Richter, aber bessere Bezahlung und hochwertigere Qualifikation. Die Anforderungen müssen unter allen Umständen hoch sein, mittlere Beamten müssen mit Richtergeschäften betraut werden, um dadurch ihre Leistungsfähigkeit besser auszunutzen und sie arbeitsfreudiger zu machen. Jedenfalls kann man an eine Gehaltsregelung erst nach einer Herabsetzung der Zahl denken. Das Titelwesen weist eine gewisse Buntscheckigkeit auf. Nach Artikel 109 der Verfassung dürfen neue Titel nicht mehr verliehen werden. Die Einzelstaaten sind sich darüber einig, nur noch die vier Titel Amtsrichter, Landrichter, Oberlandesgerichtsrat und Reichsgerichtsrat bestehen zu lassen. Wahrscheinlich wird auch die Bezeichnung „Staatsanwalt" und „Vortragender Rat" fallen.

Ausbildung der künftigen Juristen.

Von besonderer Bedeutung für die richtige Ausführung der Rechtbestimmungen ist die Vor- und Ausbildung der Juristen. Die Berechtigung der Referendare zur Vertretung von Rechtsanwälten soll von zwei auf anderthalb Jahre Vorbereitungszeit herabgesetzt werden. Nach dieser Frist kann der Landgerichtspräsident den einzelnen für fähig erklären. Als Vorbereitungszeit des Referendars plant Preußen eine Herabsetzung auf drei Jahre. Die Besprechungen haben ferner darüber Einigkeit ergeben, die Fragen zum juristischen Studium und zur ersten juristischen Prüfung, als gewissen formalen Abschluß, zuzulassen. Über die Frage des zweiten Examens wurde noch keine Klärung erzielt. Zur ersten juristischen Prüfung sollen auch Frauen zugelassen werden.

Kein Streikrecht der Beamten.

Maßnahmen gegen die Beamten-Verelendung.

Auf der in Berlin abgehaltenen Tagung des deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes hielt der Reichsminister des Innern, Dr. Koch, eine vielbeachtete Rede, in der er u. a. ausführte:

Man habe der Beamtenschaft den Vorwurf gemacht, daß sie nach der Revolution auf ihrem Posten geblieben sei. Gerade das Gegenteil verdienten sie, gerade Lob müsse ihnen gezollt werden, daß sie trotz der Revolution weitergearbeitet hätten, denn dadurch sei die Katastrophe vermieden worden. Deshalb aber auch werde die Regierung nicht zögern, der Beamtenschaft das zu geben, was ihr gebühre. Ihre alten Rechte dürften nicht verletzt werden und zu den alten würden neue kommen müssen. Katastrophenpolitik allerdings dürften die Beamten nicht treiben. Ein Streikrecht wie bei den Arbeitern könne es bei der deutschen Beamtenschaft nicht geben. Bestünde für sie auch nicht die Unterordnung, die bei der früheren Regierung herrschte, so müsse die neue Ordnung doch auf Einsicht, Verständnis und Verantwortlichkeitsgefühl aufgebaut sein. Es gäbe Dinge, die nur von oben geleitet werden könnten, ebenso wie der Leiter sich unterrichten lassen müsse, wie das Räderwerk arbeite, das das Ganze zusammenhalte. Die Regierung sei bemüht, der Verelendung der Beamtenschaft vorzubeugen, sie wünsche die Wohnungsfrage energisch zu bearbeiten und hoffe eine gute Lösung zu finden.

Oberleutnant Marloh vor Gericht.

Die Anklage.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Am Mittwoch, den 3. Dezember, beginnt vor dem Gericht der Reichswehrbrigade 50 der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen den Oberleutnant Otto Marloh von der Kraftfahrabteilung 30, der beschuldigt wird, am 11. März d. Js. 29 Angehörige der Volks-Marinedivision im Hause Französische Straße 32 erschossen zu haben.

Der Sachverhalt

stellt sich nach der umfangreichen Anklageschrift folgendermaßen dar: Im Verlaufe der Unruhen, die Anfang März in Berlin zum Ausbruch kamen, traten Teile der im November 1918 gegründeten Volks-Marinedivision der Regierung feindlich gegenüber. Das hatte zur Folge, daß am 7. März die Auflösung und Entwaffnung der Volks-Marinedivision beschlossen und öffentlich verkündet wurde. Zahlreiche Angehörige der aufgelösten Division setzten jedoch trotz dieser Maßnahmen in geheimen Versammlungen in und um Berlin ihre Umtriebe gegen die Regierung fort, und am 10. März wurde ruchbar, daß Mitglieder der Volks-Marinedivision die Absicht hätten, sich tags darauf in dem Hause Französische Straße 32 einzufinden, um in den dort befindlichen Kassenräumen der Division ihre Löhnung in Empfang zu nehmen. Diesem dreisten Unterfangen glaubte die Regierung mit aller Schärfe entgegentreten zu müssen, und es erging ein Brigadebefehl, der die Freiwilligenbrigade Reinhard ermächtigte, bei dem angeblichen Löhnungsappell möglichst viele Mitglieder der Volks-Marinedivision zu verhaften. Mit der Ausführung des Befehls wurde Oberleutnant Marloh betraut, der am Abend des 10. März der von ihm geführten 3. Streifkompagnie genaue Weisungen für den kommenden Tag gab und u. a. erklärte, daß diejenigen Mitglieder der Volks-Marinedivision, welche mit Waffen angetroffen werden oder ihrer Festnahme Widerstand entgegensetzen würden, sofort an Ort und Stelle zu erschießen seien.

Da kam der 11. März heran.

Ordonnanzen, Kassenbeamte und Zahlmeister, die gegen 8 Uhr morgens im Zahlmeistergeschäftszimmer erschienen, um ihren Dienst anzutreten, wurden von Marlohs Leuten mit dem Rufe: „Hände hoch!" empfangen, auf Waffen untersucht und dann in einen Vorderraum des linken Flügels des Hauses Französische Straße 32 untergebracht und daselbst streng bewacht. Wer Schußwaffen bei sich trug, wurde nach Entwaffnung sofort von den anderen Festgenommenen getrennt und in einer Art Dunkelkammer, die hinter einer Küche des Hauses gelegen ist, interniert. Dorthin kamen auch alle, die sich ihrer Festnahme widersetzt hatten. Die Matrosen, die nach und nach, einzeln oder in kleinen Gruppen, erschienen, ergaben sich angesichts der bewaffneten Übermacht fast alle ohne weiteres. Schließlich befanden sich in der Dunkelkammer aber doch 12 oder 13 Personen. Dem Oberleutnant Marloh erschien nun die Lage, in der er und seine Leute sich befanden, als sehr bedenklich, da gegen 12 Uhr mittags die Zahl der übrigen Festgenommenen auf fast 300 Personen angewachsen war. Es wäre, nach seiner und anderer Augenzeugen Überzeugung, dieser stattlichen Anzahl Matrosen nicht schwer gewesen, das kleine Häuflein der Bewachungstruppen zu überrumpeln, sich des aufgestellten Maschinengewehrs, das im Notfalle in die Masse der Verhafteten hätte hineinschießen können, zu bemächtigen und mit der bewaffneten Macht einen Kampf aufzunehmen, der für die letztere sehr ernst werden konnte. Marloh will auch wahrgenommen haben, daß sich unter den Festgenommenen eine Unruhe bemerkbar machte, die die Möglichkeit einer Meuterei näherrückte. In dieser schwierigen Lage bat Oberleutnant Marloh die dritte Streifkompagnie der Brigade Reinhard telephonisch um Verstärkung, die ihm zwar zugesagt wurde, aber sehr auf sich warten ließ. Der von den Vorgängen in der Französischen Straße in Kenntnis gesetzte Oberst Reinhard ersuchte Leutnant Schröter, zu Marloh zu gehen und ihn auf den

Befehl Noskes

aufmerksam zu machen, nach dem in Aufruhrfällen rücksichtslos vorgegangen und sofort von der Waffe Gebrauch gemacht werden solle. In der Französischen Straße hatten sich inzwischen Straßenaufläufe gebildet, so daß Oberleutnant Marloh, kaum daß ihm Leutnant Schröter Reinhards Befehl mitgeteilt hatte, von neuem um Verstärkung bitten mußte. Daraufhin gab Oberst Reinhard noch einmal die bündige Weisung, daß bei Angriffen von der Waffe Gebrauch zu machen sei. Oberstleutnant v. Kessel übermittelte diesen Befehl Reinhards an Leutnant Wehmeier, einen Vetter Marlohs, der ihn seinerseits Marloh überbringen sollte. Hier gehen nun die Aussagen scharf auseinander. — Während Oberstleutnant v. Kessel nur gesagt haben will: „Sorgen Sie dafür, daß Marloh sich die Leute mit der Waffe vom Halse hält, wenn sie ihn bedrohen. Leute, die sich mit der Waffe widersetzen, sind zu erschießen!" will Leutnant Wehmeier den Befehl so verstanden haben:

„Bestellen Sie dem Oberleutnant Marloh, daß Oberst Reinhard sehr aufgebracht ist, weil er (Marloh) gegen die 300 Gefangenen offenbar nicht energisch genug vorgehe. Er solle in ausgiebigstem Maße von der Waffe Gebrauch machen, und wenn er 150 erschösse. Alles, was er irgend erschießen könne, solle er erschießen!"

Infolge dieses Befehls, der den Oberleutnant Marloh, der ohnehin schon sehr nervös war, in nicht geringe Aufregung versetzte, begann das

furchtbare Massaker,

und zwar in der Weise, daß 29 Matrosen, die Marloh vorher als besonders gefährlich „ausgemustert" hatte, weil bei ihnen Waffen oder gestohlene Wertsachen gefunden worden waren, in eine Hofecke geführt und dort erschossen wurden. Unter den Opfern erhob sich, als die Erschießungen begannen, ein furchtbares Jammern und Wehklagen, aber Leutnant Marloh blieb unerbittlich, obwohl inzwischen Verstärkungen eingetroffen waren, wodurch seine Lage verbessert war. Es dauerte geraume Zeit, bis alle Opfer „erledigt" waren.

Wer wird in Argentinien gebraucht?

Richtlinien für Auswanderer.

Eine Anzahl in Buenos Aires lebender Deutscher hält es für ihre Pflicht, die Landsleute, die die Absicht haben, nach Südamerika auszuwandern, über die Verhältnisse in Argentinien aufzuklären, um sie einerseits vor Illusionen zu bewahren, anderseits aber um ihnen ein wahres Bild der Erwerbsmöglichkeiten zu geben.

Wer in Argentinien sein Fortkommen finden will, muß im Auge behalten, daß er zwar ihm vollkommen ungewohnte und unbekannte, keineswegs aber einfache Verhältnisse vorfinden wird, die gründlich kennenzulernen und ohne irgendwelche Voreingenommenheit zu studieren die erste Vorbedingung für den Erfolg seiner künftigen Erwerbstätigkeit ist. Hierbei wird er sich vor allem die Erlernung der Staatssprache — des Spanischen — angelegen sein lassen müssen.

Die das argentinische Wirtschaftsleben bestimmende Produktionstätigkeit ist die Landwirtschaft. Allgemein wird sowohl Viehzucht wie Ackerbau im Unterschied zur heimischen Bodenkultur auf weitausgedehnten Flächen mit wenig menschlicher Arbeitskraft betrieben. Laut der Viehzählung vom Jahre 1914 entfielen von dem der Viehzucht dienenden Gesamtareal von 1361811 Quadratkilometern etwa 1239950 Quadratkilometer auf Betriebe von 6,25 bis 600 Quadratkilometern, der Rest auf Betriebe von geringerer Ausdehnung. Somit ist der rentable selbständige Viehzuchtbetrieb in Argentinien als Großbetrieb gekennzeichnet, der nur für sehr kapitalkräftige Einwanderer in Betracht kommt. Nach langjähriger Anpassung an die bodenständigen Verhältnisse kann ein erfahrener und wissiger Viehhirt, der das Vertrauen des Landeigentümers sich zu erwerben wußte, durch Beteiligung am Ertrage vorwärtskommen. Mit dieser bodenständigen Viehzucht hat sich seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, besonders aber während der letzten dreißig Jahre, Ackerbau im größeren Stil entwickelt.

Seitdem die Nachfrage Europas nach Brotgetreide stetig wuchs, während gleichzeitig die Transportmittel Argentiniens vervollkommnet wurden, wurden immer weitere Strecken Weideland dem Ackerbau gewidmet. Der Norden der Ackerbauzone eignet sich wegen des wärmeren Klimas vorzüglich für Mais und Leinsaat, der Süden für Weizen, Gerste und Hafer. Je nach der Lage können diese Kulturen auch nebeneinander betrieben werden. Zum Verkauf guten Ackerlandes sind die Grundbesitzer nur dann geneigt, wenn ihnen Preise geboten werden, die eine Wertsteigerung vorstellen. Es gibt somit für den mittelmäßig begüterten Landwirt nur die geringe Aussicht bietende Bewirtschaftung gepachteten Bodens; dazu kommt noch seine Abhängigkeit von ausländischen Privateisenbahnen und von Kreditgebern, die zugleich Getreideaufkäufer sind. Außerdem muß er in Konkurrenz mit den Einwanderern italienischen und spanischen Ursprungs treten, die sich den argentinischen Verhältnissen in jeder Beziehung viel leichter anpassen und daher von den Grundeigentümern meist Bewerbern anderen Ursprungs vorgezogen werden. Auch wenn der Einwanderer ein mit heimischen Verhältnissen vertrauter Landwirt ist oder Vermögen mitbringt, muß ihm dringend angeraten werden, zuerst eine Lehrzeit (mindestens eine Ackerbauperiode von der Aussaat bis zur Ernte) als landwirtschaftlicher Arbeiter durchzumachen. Forstwirtschaft und Bergbau in unserem Sinne gibt es derzeit in Argentinien so gut wie nicht, jedenfalls kommen die hierher gehörigen Betriebe für unsere Landsleute zwecks Gründung einer Existenz fast nicht in Frage, Privatindustrie und Bautätigkeit sind von streng begrenzter Bedeutung für den Einwanderer. Besonders ist die Zuckerindustrie und die Weinbereitung mit einheimischen, sehr genügsamen Arbeitskräften derartig gut versehen, daß es außerordentlich schwierig ist, dort unterzukommen. In den größeren Städten befinden sich einige Brauereien, die aber auch über geschultes Personal zur Genüge verfügen.

Immerhin wird es Feldarbeitern, Handwerkern aller Art und Tagelöhnern am ehesten glücken, einen bescheidenen Arbeitsplatz zu finden, ohne daß sie sich lange einzuarbeiten brauchen. Die besten Aussichten bieten sich zweifellos den Dienstboten (Köchinnen, Stubenmädchen, Hauspersonal im allgemeinen). Dagegen haben Künstler, Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Lehrer und Erzieher sowie Handelsangestellte fast keine Aussichten.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Preiserhöhung für Stickstoffdüngemittel.** In einer Sitzung des Düngestickstoff-Ausschusses, in der die Vertreter der Reichsbehörden, der deutschen Länder, der Landwirtschaft, des Stickstoff-(Erzeuger-)Syndikats, der Düngerfabriken, des Handels und der Arbeitnehmer anwesend waren, wurde vom Stickstoffsyndikat eine Erhöhung der Höchstpreise und Umlagen für Stickstoffdüngemittel beantragt. Die Ursache hierfür liegt in der weiteren andauernden Steigerung der Löhne, Gehälter, Preise für Roh- und Hilfsstoffe, sowie in den vielfachen und oft lange dauernden Schwierigkeiten, Einschränkungen und Einstellungen der Betriebe durch Streiks, Kohlenmangel, Waggonmangel und dergl. Hierdurch ist eine weitere Erhöhung der Erzeugungskosten verursacht worden, so daß die deutsche Stickstoffdüngerindustrie, um weiterarbeiten zu können, eine nicht unerhebliche Erhöhung der Höchstpreise und Umlagen für Stickstoffdünger beanspruchen mußte. Die vorgelegten Kalkulationen und Unterlagen hierfür wurden vom Reichswirtschaftsministerium eingehend nachgeprüft. Auf Grund dieser Prüfung wurde dem Antrage der Düngestickstoffindustrie stattgegeben. Im allgemeinen wird danach das Kilogramm Stickstoff für den Verbraucher sich um ungefähr 1,50 Mark, beim Natronsalpeter um 2,10 Mark gegen die bisherigen Verbraucherpreise verteuern.

* **Bergung der Hackfrüchte.** Der preußische Landwirtschaftsminister hat die Demobilmachungskommissare (Regierungs-Präsidenten) ersucht, zur Bergung der Hackfrüchte, soweit dies nicht bereits geschehen, sofort alle zweckdienlichen Maßnahmen, wie die Beurlaubung von Schulen und die Bildung von Arbeitskommandos zu treffen. Dabei soll bei Landwirten angeregt werden, geeignete Vorarbeiter nach den Städten zu entsenden, die die Auswahl der für die landwirtschaftliche Tätigkeit geeigneten Erwerbslosen vornehmen sollen.

* **Deutsch-belgisches Mark-Abkommen.** Die aus französischen Quellen bereits durchgesickerte Nachricht, daß zwischen der deutschen Regierung und der belgischen Regierung ein Abkommen über die in Belgien vorhandenen deutschen Marknoten geschlossen worden sei, wird von unterrichteter Stelle bestätigt. Es handelt sich um den Betrag von 6,1 Milliarden Mark, die sich seit der Besetzung Belgiens durch unsere Truppen in Belgien befanden, dort laut Verordnung des Generalgouverneurs vom 3. Oktober 1914 zum Zwangskurse von 1 Mark gleich 1,25 Frank zirkulierten und von der belgischen Regierung nach der Räumung des Landes durch uns aus dem Verkehr gezogen worden sind. Diese Summe ist in zwanzig Jahren in vierzig halbjährigen Raten von uns durch Ausgabe von Schatzbonds einzulösen, die die Belgier ihrerseits zu Kreditoperationen benützen werden. Die Valutadifferenz und die Zinsen sind in weiteren zehn Jahren in Jahresraten zu zahlen, wobei natürlich die Valutadifferenz uns zugute kommen muß.

* **Lastkraftwagen zur Beförderung von Kohlen und Kartoffeln.** Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß es in letzter Zeit gelungen ist, in erhöhtem Umfange Lastkraftwagen zur Entlastung der Eisenbahn heranzuziehen. Bisher stand dieser Maßnahme die außerordentliche Knappheit an Betriebsstoff entgegen. Das Reichswirtschaftsministerium hat nunmehr erhöhte Mengen zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mengen wird es zunächst möglich sein, die bereits im Besitz der Kraft-Verkehrsämter und Kraft-Verkehrsgesellschaften befindlichen Autos voll in Betrieb zu setzen. Das Reichsschatzministerium hat ferner 400 mit Gummi bereifte Lastkraftwagen überwiesen, für die gleichfalls die erforderlichen Betriebsstoffe vorhanden sind. Sollte es sich ermöglichen lassen, noch weitere Mengen an Betriebsstoff freizulassen, so werden weiter 400 Wagen eingesetzt werden. Die Wagen sollen in erster Linie für die Beförderung von Kartoffeln und Kohlen verwendet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Schiebergeschäfte eines Regierungsbeauftragten.** Vor der Dresdener Strafkammer stand der Bankbevollmächtigte Heinrich Schleinitz in Gemeinschaft mit seinem Schwager Lang unter der Anklage des Betruges. Schleinitz war zuletzt als Regierungsbeauftragter bei der Intendantur in Dresden beschäftigt und verstand es, in dieser Eigenschaft angeblich für das Personal der Intendantur 200 000 Zigaretten und 100 000 Zigarren zu erschwindeln. Die Ware hat er zum größten Teil mit Hilfe seines Schwagers verschoben und dabei 47 700 Mark verdient. Das Urteil lautete gegen Schleinitz auf ein Jahr Gefängnis, gegen Lang auf acht Monate, außerdem je 2000 Mark Geldstrafe. 41 000 Mark, die Schleinitz in einem verheimlichten Bankdepot liegen hatte, konnten noch beschlagnahmt werden.

§ **Ein russischer Kriegsgefangener wegen Raubmord verurteilt.** Vor dem Kriegsgericht der Inspektion der Gefangenenlager des Gardekorps hatte sich der russische Kriegsgefangene Scharatyn Salichow, ein Tatar aus Sibirien und Mohammedaner, wegen einer schweren Bluttat zu verantworten. Der auf einem Gut in Wendisch-Drehna beschäftigte Russe war beschuldigt, am 1. Juni dieses Jahres dem polnischen Landarbeiter Balzerowski mit einem Taschenmesser den Hals durchschnitten und seinem Opfer die Barschaft von 150 Mark geraubt zu haben. Der Angeklagte leugnete die Tat, obwohl das blutbefleckte Geld bei ihm vorgefunden und weitere Blutspuren an seiner Kleidung festgestellt waren. Die Anklage lautete auf Mord. Das Gericht verneinte jedoch das Vorliegen der Überlegung und verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags zu einer gesetzlichen Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus.

§ **Der Mann mit den 14 Frauen.** Während eines Prozesses gegen einen gewissen Karl Vaczi aus Budapest, der in Wien zur Verhandlung kam, wurde die außerordentliche Tatsache festgestellt, daß der Angeklagte vom März bis zum August 1919 nicht weniger als 14 Frauen geheiratet hatte, von denen er sich bald nach der Hochzeit scheiden ließ. Vaczi erklärte den Richtern, daß unter der Sowjetherrschaft in Ungarn es möglich gewesen sei, an ein und demselben Tage sich zu verheiraten und sich scheiden zu lassen. Die Eheschließung gab ihm das Recht, je eine möblierte Dreizimmerwohnung zu beziehen, so daß er schließlich im Besitz von nicht weniger als 14 möblierten Wohnungen war, die er für fabelhafte Summen weiter vermietete, so daß er gewaltige Gewinne einheimste. Vaczi wurde zu drei Jahren Gefängnis und zu einer Buße von 12 500 Kronen verurteilt.

§ **Ein jugendlicher Elternmörder.** Vom Volksgericht in München wurde der 15jährige Hilfsarbeiter Josef Apfelböck zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hat am 29. Juli abends seine Mutter, die seinem Plan, Kinoschauspieler zu werden, entgegengetreten war, erschossen und einige Stunden später auf seinen Vater einen Schuß abgegeben und ihn vollends durch Messerstiche getötet.

§ **Schiebungen mit Eisenbahn- und Heeresgut** werden jetzt fast täglich vor den Berliner Strafkammern abgeurteilt. So waren angeklagt die Güterbodenarbeiter Otto Dühring, Hannemann und Liebecke, ferner der Installateur Küsel, der Mechaniker Wiesiecki und die Frau Dühring. — Die ersten drei Angeklagten, die auf dem Charlottenburger Güterbahnhof beschäftigt waren, setzten sich durch Frachtbriefälschung usw. in den Besitz von Gütern, die sie dann mit Hilfe der andern Angeklagten unterbrachten. Das Urteil lautete gegen Dühring und Hannemann auf je drei Jahre Zuchthaus, gegen Küsel auf ein Jahr Gefängnis, gegen Liebecke auf zehn Monate, gegen Wiesiecki auf sechs Monate und gegen Frau Dühring auf drei Monate Gefängnis. — Ähnliche Schiebungen mit Heeresgut führten den Reisenden August Salewski und den Gefreiten Paul Hartmann vor die Strafkammer. Obwohl beide Angeklagte bisher unbescholten sind, es sich aber um recht raffinierte Schwindeleien handele, erkannte das Gericht gegen Salewski auf drei Jahre und gegen Hartmann auf zwei Jahre Gefängnis, bei sofortiger Verhaftung.

§ **Das Pferd als Gänseschmalzlieferant.** Manche Leute, die es dazu haben, tun sich etwas darauf zugut, wenn sie, statt der mangelnden Butter, Gänsefett zu allerhand häuslichem Gebrauch kaufen. Aber auch hier hat die pantschende Hand der Kriegs- und Notzeitnepper ebenso wenig versagt wie auf den sonstigen weiten Gebieten der Wurst-, Sülzeabrikation usw. Der Inhaber einer sog. Gänseausschlachterei in Friedrichsfelde, Emil Schauer, belieferte die Berliner Zentralmarkthalle lange Zeit mit Gänseschmalz, die Pfunddose zu 18 Mark, und fand, da der übliche Preis für Gänseschmalz etwa 30 Mark beträgt, reichen Absatz. Man kam dahinter, daß ein Teil dieser Dosen reines — — — Pferdefett enthielt. Ein Käufer, der hereingefallen war, hat längere Beobachtungen angestellt und dabei konstatiert, daß Sch. sein Gänseschmalz zur Hälfte aus Gänsefett, zur andern Hälfte aber aus Pferdefett, Pferdemark und Pferdeliesen herstellte. Leider hat Sch. Kenntnis von diesen Beobachtungen bekommen und ist verschwunden. Da andere Leute ebenso schlau wie Schauer sein werden, gibt's also für die Gänseschmalzliebhaber keine Garantie mehr, zumal Pferdefett als Zusatz schwer nachzuweisen ist.

Vermischtes.

Lebensmittel aus Leipzig für Wien. Der Rat der Stadt Leipzig beschloß, um der Wiener Bevölkerung die Anteilnahme durch tätige Mithilfe an einer Linderung des ärgsten Notstandes zum Ausdruck zu bringen, aus den geringen Reservebeständen der Stadt Leipzig dem Wiener Magistrat mehrere Tausend Zentner Lebensmittel zu senden.

Einbrecherfrechheit. In Hamburg drangen vier Männer in die Wohnung des Bücherrevisors Henschel, zwangen ihn mit vorgehaltenem Revolver, ihnen Wein und Dessert vorzusetzen, mißhandelten ihn dann in schwerer Weise, banden ihn und raubten aus seinem Geldschrank Gold- und Silberwaren im Werte von über 100 000 Mk. Nach Ausübung der Tat verschwanden sie unbehelligt.

Vermehrte Aufmerksamkeit auf Eisenbahndiebe soll auf allen Stationen aufgewendet werden. Die Ersatzleistungen der preußisch-hessischen Staatsbahnen für verlorene, verdorbene und beschädigte Gegenstände haben im Jahre 1918 nicht weniger als 160 Millionen Mark erreicht. Zum erheblichen Teile kommt dieser Verlust auf Eisenbahndiebstähle. Die Diebereien, Veruntreuungen, Schiebungen und sonstigen Verletzungen der Dienstpflichten drohen sich zu einem Krebsschaden auszuwachsen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat deshalb die Eisenbahndirektionen von neuem angewiesen, den unerhörten Mißständen ohne Rücksicht auf Kosten oder Bedenken anderer Art entgegenzutreten. Es sind dafür eine Reihe von einzelnen Maßnahmen angeordnet. Die Bekämpfung der Eisenbahndiebstähle, der Schiebereien und Bestechungen sowie die Bearbeitung der gesamten Abfertigung von Gütern und Gepäck ist einem besonderen Dezernenten als Haupttätigkeit zu übertragen.

Vermehrte Prägung von Kleinmünzen. Die Ersatzwertzeichen der Städte sollen möglich schnell beseitigt werden. Die größeren Abschnitte sind zwar eingezogen, es sind aber noch erhebliche Mengen über 50 Pf. und darunter im Umlauf. Die Regierung hat deshalb größere Prägungen von 50-, 10- und 5-Pfennigstücken eingeleitet. Es werden 50 Millionen Mark in Fünfzigpfennigstücken aus Eisen schleunigst ausgeprägt. Weitere sieben Millionen Mark in Fünfpfennigstücken und zehn Millionen Mark in Zehnpfennigstücken usw. sollen folgen.

Wieviel darf ein Anzug kosten? Eine beachtenswerte Auseinandersetzung über diese wichtige Frage findet man in einzelnen reichshauptstädtischen Blättern, die auch außerhalb Berlins weite Kreise interessieren wird. Die Steglitzer Schneiderinnung hat vor kurzem einen Beschluß gefaßt, nach dem der Mindestpreis für einen Maßanzug nicht weniger als 1200 bis 1350 Mark betragen soll. Die Preissteigerung wurde nun von Fachleuten als wucherische Überforderung hingestellt, weil sie mit der Preissteigerung des Materials nicht begründet werden kann. Die Obermeister der Schneidermeisterinnung anderer Berliner Vororte, so von Schöneberg und Friedenau, machen im Anschluß an diese Auseinandersetzung auf folgendes aufmerksam:

„In vorbildlicher Weise kommt der Magistrat Schöneberg seinen Einwohnern, den Schneidern und der Kundschaft, jetzt entgegen, indem er die Stoffe direkt vom Reichskleiderlager beschafft, den Schneidermeistern überweist und auf Grund eingehender Kalkulationen unter Berücksichtigung der bestehenden Tarife Verkaufspreise in normaler Lage festsetzt, bei denen der Meister und der Geselle zeitgemäß verdienen und die Kundschaft von vornherein weiß, daß sie keine Phantasiepreise bezahlt. Es wird hierdurch möglich sein, für etwa 500 bis 600 Mark einen Maßanzug und für 400 bis 500 Mark einen Konfektionsanzug herzustellen. Also für die Hälfte."

Hier wird ein Weg gezeigt, den man vielleicht auch außerhalb Schönebergs und Groß-Berlins zum Heile des kaufenden Publikums gehen könnte.

Kleines Landhaus
zu kaufen oder zu pachten gesucht
Robert Babucke, Breslau,
Steinauer Straße 20.

Viele verm. Damen wünschen sich bald glücklich zu verheiraten. Herren, wenn auch ohne Vermögen, erhalten sofort Auskunft durch
‚Union' Berlin, Postamt 37.

Harmonikas

Deutsche, **Wiener, Bozener u. Italiener,** in 1, 2, 3, 4 u. 5 reihig bis 120 Bässe nach Katalog A gratis u. franko von
Robert Husberg
Neuenrade Nr. 204

Handtücher,
55×115 cm, 1 mal i. d. Mitte zus.-ges. kräft. Gew., Dtz. M. 24, 3 Dtz. M 67,50.
Staubtücher,
40×40 cm, f. fein, weiches Gewebe, Dtz. M. 12, 3 Dtz. M. 34.
Tellertücher,
40×40 cm, kräft., stark. Gewebe, Dtz M. 12, 3 Dtz. M. 34.
Frauenschürzen
Stück M. 4,25, 3 Stück M. 12.
Großversandhaus Merkur, Leipzig, Frankfurter Straße 6, Abteilung Textilwaren u. Zellstoffe.

Auskunftei
Guderley
Breslau I, Kupferschmiedstr. 30, II.
Privat- und Heirats-Auskünfte

Für Schwerhörige D. R. G. M. ‚Margophon' wirkt verblüffend. Beseit. Ohrger., nervös. Ohrenschm. Unsichtb. bequem z. tragen. Preis 10 M. Margophonfäbch. 1 Dtz 4 M. Auk. umsonst. **Margonal-Co. Berlin,** Belle-Alliancestraße 32.

Die nächste Mütterberatungsstunde in Auras
findet am Freitag, den 12. Dezember, nachm. von 3—4 Uhr im Rathaus statt.

Geschäftseröffnung.
Ab 1. Dezember habe ich
in Auras ein Geschäft eröffnet,
bestehend in
Woll-, Leinen-, Schürzen- und Blusenstoffen.
Es wird mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft billig und reell zu bedienen, und bitte ich um gütigen Zuspruch.
Frau **A. Lesse.**

Der treue Ernährer

des Lederzeuges ist und bleibt
Dr. Gentner's Oelwachslederputz
Nigrin
Keine Wasserkreme — nur aus Öl und Wachs bestehend — gefriert nicht, reibt und durchfettet die Dosen nicht, gibt auch wasser- und wetterfesten Hochglanz.
Nur hauchdünn mit Lappen auftragen.

Versicherung tragender Stuten
zu 2 %, inkl. Lebensfrucht 3 % feste **Prämie mit Rückzahlung** bei Nichtträchtigkeit und sonstige Versicherungen übernimmt **Vaterländische Vieh-Versicherungsgesellschaft, Dresden. Werderstraße 29. Prompte Entschädigung bis zu 90 % der Versicherungssumme.**
Günstige Versicherungsbedingungen. Höchste Reserven.
Tüchtige Vertreter überall **gesucht.**

Eheleute
verlangt sofort aufklärende Broschüre kostenlos, wie Ihr Eure **Lebenshaltung verbessern** und Euren **Gesundheitszustand heben** könnt. Zusendung als Drucksache kostenlos, im verschlossenen Brief gegen 20 Pf. in Marken. **Cosma-Versand, Berlin-Niederschönhausen 12.**

Schafwolle
kaufe. Must., Preis. Mengenang. erbittet **W. Till,**
Breslau, Viktoriastraße 15.

Gegen Katarrhe

Bis **30 M.** und mehr tägl. Verdienst, Erwerb oder Nebenerwerb. Prospekt Nr. 138 gratis.
P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig.

Bettnässen!
Befreiung sofort Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. **Aurora, Reichertshausen a. Jlm. 548 Obby.**

Auf diese Marke

Unseren Lesern empfehlen wir den in unserem Verlage erschienenen
Profit-Neujahr-Kalender pro 1920.
Derselbe ist zum Preise von **50 Pf.** bei unseren Kolporteuren zu haben. Nach Orten, wo sich solche nicht befinden, liefern wir den Kalender frei ins Haus gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken.
Maretzke & Märtin,
Trebnitz i. Schles.

Bei Einkäufen, welche auf Grund der in diesem Blatte enthaltenen Inserate gemacht werden, bitten wir, sich stets auf dieses zu beziehen. *Die Expedition.*

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar **Hans Hinderer,** Breslau V, Schweidnitzer Stadtgraben 16, Telephon 6399.

Geschlechts-Kranke!
Rasche Hilfe — Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß, Heilung in kürzester Frist; **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte; **Mannesschwäche,** sofortige Hilfe. Ueber jedes der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlr. ärztl. Gutachten und hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 50 Pf. in Marken für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch Spezialarzt **Dr. med. Dammann, Berlin 2110,** Potsdamer Straße 123 b. Sprechstunden 9—10, 3—4 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Breslauer Marktpreise vom 1. Dezember 1919.

Marktpreise für Getreide.

1. Weizen (1919er Ernte)	45,00	f. 100 kg
2. Roggen (1919er Ernte)	40,00	„
3. Hafer (1919er Ernte) im freien Verkehr	—	„
4. Gerste (1919er Ernte)	40,00	„
5. Viktoriaerbsen (beste Qualität)	80,00	„
6. Kocherbsen (beste Qualität)	78,00	„
7. Winterraps	—	„

Marktpreise, festgestellt von der Marktnotierungskommission, für Heu und Stroh per 100 Kilogramm.

Heu 46—50 M.; Stroh: Langstroh (Richtdrusch, Flegeldrusch) 20—21 M.; Preßstroh 18—19 M.; Krummstroh 15—16 M.

Produktenbericht. Am heutigen Markt herrschte für Hafer festere Stimmung. Bei schwachem Angebot wurde 83—85 M. per 50 Kilogramm bezahlt. Hülsenfrüchte, Kleesaaten unverändert fest.

Kleesaaten: Rotklee sehr fest. Weißklee sehr fest. Schwedischklee sehr fest. Gelbklee sehr fest. Inkarnatklee sehr fest. Timothy sehr fest. Raygräser fest. — **Hülsenfrüchte:** Erbsen fest. Wicken fest. Velusschken behauptet. Pferdebohnen behauptet. Lupinen fest, Saatware 50—55 M., Futterware 20—24 M. Vicia villosa fest, 125—140—170 M., alles per 50 Kilogramm

Marktpreise.	Breslau, 26. 11.		Neisse, 29. 11.		Patschkau, 27. 11.	
100 kilo Weizen	45,—	—	45,—	-	45,—	-
100 „ Roggen	40,—	-	40,	—	40,—	-
100 „ Gerste	40 —	-	40,	-	4[illegible]	
100 „ Hafer	40,—		140,	40,—	9[illegible] —	80,—
100 „ Erbsen			—	-		—
100 „ Kartoffeln	19 50	—	19 50	—	19 50	15,50
100 „ Stroh	20 50	19,—	22, -	18,—	20 —	14,—
100 „ Heu	52,—	44,—	66,—	50,—	40, -	24,—
1 „ Butter	12,—	—	—	—	11,60	11,—
1 Mandel Eier	7,50	—	—	—	—	—

Druck und Verlag: Maretzke & Märtin, Trebnitz i. Schl. — Für den Inhalt verantwortlich: Felix Maretzke, Trebnitz.